

Die wirtschaftlichen Folgen zentraler Lebensrisiken in Deutschland und den USA und ihre Entwicklung seit den achtziger Jahren

...

2 Stand der Forschung und eigene Vorarbeiten

2.1 Stand der Forschung

2.1.1 Einleitung

Öffentliche Diskurse wie sozialwissenschaftliche Debatten stehen zunehmend im Zeichen der Sorge, der soziale Zusammenhalt westlicher Gesellschaften sei gefährdet, weil wachsende Teile der Bevölkerung in prekäre Lebensverhältnisse gerieten und von sozialem Abstieg bedroht seien, während sozialstaatliche Sicherungen abgebaut und nennenswerte Einkommenssteigerungen nur noch von wenigen Privilegierten an der Spitze der Einkommenspyramide erzielt würden. Das beantragte Projekt versucht, diesen z.T. recht diffusen Debatten eine rationale Grundlage zu geben, indem es die Folgen des Eintritts zentraler Risiken auf der Basis von Längsschnittdaten aus Deutschland und den USA untersucht. Dabei geht das Projekt folgenden Fragen nach:

1. Wie tiefgreifend hat der Eintritt zentraler Lebensrisiken im Lauf der letzten Jahrzehnte die Einkommenssituation von Haushalten in verschiedenen Soziallagen verändert?
2. Nimmt der Grad sozialer Absicherung dieser Risiken ab?
3. Wie verändert sich der Grad der Ungleichheit der Risikoabsicherung?
4. Nähert sich die deutsche Situation zunehmend der Situation in den USA, oder persistieren hier vorrangig nationale Unterschiede?

Das geplante Projekt knüpft damit an jüngere Arbeiten über die Entwicklung von Lebensbedingungen in verschiedenen sozialpolitischen Kontexten an, wie sie von Goodin et al. in ihrer Arbeit "The Real Worlds of Welfare Capitalism" (1999) oder von DiPrete und McManus (2000) begonnen wurden, wobei die letztgenannten Autoren in wegweisender Form untersuchten, wie Staat, Markt und Familie bei der Bewältigung zentraler Lebensrisiken zusammenwirken.

Der Vergleich Deutschlands mit den USA bietet sich an, weil beide Länder sowohl in der Literatur zum Vergleich verschiedener Wohlfahrtsstaatregime (Esping-Andersen 1996a) wie in der Literatur über "Varieties of Capitalism" als Prototypen zweier Länder mit gegensätzlicher Sozialpolitik bzw. unterschiedlichem Grad der Koordination der Marktwirtschaft gelten (Hall and Soskice 2001). Dienen die USA in deutschen politischen Diskussionen wahlweise als zu kopierendes Muster oder als abschreckendes Beispiel, so werden sie in der neueren Literatur zur Transformation des Sozialstaats unter Globalisierungsbedingungen häufig als richtungweisendes Modell eines aktivierenden Sozialstaats gesehen, der vorrangig die Integration möglichst großer Bevölkerungskreise in den Arbeitsmarkt fördere, während die konventionelle Sozialpolitik kontinentaleuropäischer Sozialstaaten des deutschen Typs eher den Status quo absichere und damit die Benachteiligung von "Outsidern" des Arbeitsmarktes untermauere (Esping-Andersen et al. 2002; Gilbert 2002).

Mit den genannten früheren Arbeiten von Goodin et al. (1999) und DiPrete und McManus (2000) hat das geplante Projekt gemein, dass es eine Verknüpfung von quantitativen Daten über Prozesse der Einkommensmobilität mit institutionellen Informationen über die sich wandelnde Gestalt sozialstaatlicher Sicherungen anstrebt. Es geht aber in vierfacher Hinsicht über die frühen Arbeiten hinaus, indem es

- die heutige Situation mit der Situation in den achtziger Jahren vergleicht und somit sozialen Wandel in das Zentrum der Betrachtung rückt;
- gruppenspezifische Analysen anstrengt, die Aufschluss darüber geben, wie groß die soziale Ungleichheit der Risikobewältigung ist;
- unter explizitem Einbezug sog. "alter" (Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter) und "neuer" Risiken (Trennung vom Partner, Alleinerziehung) eine breitere Palette von Risiken betrachtet, die im Licht aktueller Debatten um die Leistungsfähigkeit verschiedener Sozialstaatstypen relevant sind;
- sozialpolitische Kontexte nicht nur in annähernder Form durch Länder zu erfassen, sondern mit Hilfe von Institutionenbeschreibungen genauer in das Blickfeld zu nehmen versucht.

Im Kern geht es dem Projekt damit um die Verknüpfung einer international-vergleichenden mit einer inter-temporalen Perspektive und um die Frage, wo genau - wenn überhaupt - sich Anzeichen einer Risikoverlagerung im Sinne eines "Great Risk Shift" (Hacker 2006) ausmachen lassen. Die folgenden Abschnitte geben einen Überblick über die relevante empirische und theoretische Literatur, wobei eine Reihe von Aspekten identifiziert werden sollen, über die die bisherige empirische Forschung nur lückenhaft Aufschluss gibt.

2.1.2 Bisherige empirische Untersuchungen der wirtschaftlichen Folgen von Lebensereignissen

Das beantragte Projekt ist als Längsschnittuntersuchung angelegt. Zwar können grundsätzlich auch querschnittbasierte Studien Hinweise auf die Einkommensfolgen von Lebensrisiken und ihre wohlfahrtsstaatliche Abfederung geben, aber aus verschiedenen Gründen sind Längsschnitt-Designs wesentlich besser geeignet. So ermöglichen sie nicht nur die Kontrolle (zeitinvarianter) unbeobachteter Heterogenität (Halaby 2004), sondern auch die Analyse der Dauerhaftigkeit von Einkommensänderungen sowie des Einflusses verschiedener individueller Anpassungsmechanismen, für die wir hier den Begriff der Gegenmobilität verwenden.

Die (vergleichende) längsschnittbasierte Literatur zu den wirtschaftlichen Folgen von Lebensereignissen ist in den letzten Jahren mit beachtlicher Geschwindigkeit gewachsen, wobei große Teile dieser Forschung innerhalb sehr risikospezifischer Spezialliteraturen stattfinden.¹ Insbesondere die Literatur zu den wirtschaftlichen Folgen von Trennung und Scheidung hat sich schnell entwickelt (vgl. z.B. Burkhauser et al. 1990, 1991; DiPrete und McManus 2000; McManus und DiPrete 2001; Dewilde 2002; Andreß et al. 2006). Diese Arbeiten bieten zahlreiche Anschlussmöglichkeiten für das Projekt. Einige der wichtigsten Studien sind in Tabelle 1 zusammengefasst. Der Schwerpunkt der Zusammenfassung liegt dabei nicht auf den konkreten

¹ Insofern hat die folgende Feststellung von DiPrete und McManus weiterhin Gültigkeit: "[M]uch of the ... research on ... fluctuations in household income has been conducted within one or another relatively specialized social problems rubrics"(2000: 344),.

Ergebnissen dieser Arbeiten, sondern darauf, inwieweit sie die zentralen Fragen aufgreifen, die für das beantragte Projekt relevant sind.

Tabelle 1: Zentrale Charakteristika längsschnittbasierter Risikostudien

Studie	Untersuchte Risiken ¹	Unters.einheit/ Altersbegrenzung	Untersuchungs- zeitraum ²	D-USA- Vergleich?	Zeit- Vergleich?	Allgemeine Streuung der Folgen untersucht? ³	Altersdimension berücksichtigt? (Interaktion Altersvariable/ Ereignisvariable) ⁴	Geschlechter- unterschiede? (Interaktion Geschlecht/ Ereignisvariable) ⁴	Vertikale Differenzierung? (Interaktion „Klassenmerkmal“/ Ereignisvariablen) ⁴	Steuer-Transfer- Effekt? (Pre- vs. Post- Government)	Gegenmobilität/ längerfristige Folgen?
Burkhauser, Duncan (1988)*	Arbeitslosigkeit Trennung/Scheidung Geburt Krankheit Verrentung Verwitwung Weitere	Männer, Frauen und Kinder; Keine Altersbegrenzung	1968-1979	Nein	Nein	Ja Wahrscheinlich- keit großer Verluste	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
Burkhauser, Duncan (1989)*	Arbeitslosigkeit Trennung/Scheidung Geburt Krankheit Verrentung Verwitwung Weitere	Männer und Frauen ab 26	1968-1984	Nein	Nein	Ja Wahrscheinlich- keit großer Verluste	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein
Burkhauser et al. (1990, 1991)	Trennung/ Scheidung	Männer, Frauen und Kinder, die von Scheidung betroffen sind; Keine Altersbegrenzung	D: 1984-1987 USA: 1981-1985	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
Berntsen (1992)	Arbeitslosigkeit Geburt Trennung/Scheidung Weitere (auch pos.)	Männer und Frauen, Altersbegrenzung unklar	1984-1987	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein
Andreß (1996)*	Arbeitslosigkeit Geburt Trennung/Scheidung Verwitwung Weitere (auch pos.)	Männer und Frauen zwischen 16-60	1984-1992	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja
Wagner, Motel (1998)	Trennung/Scheidung Verwitwung	Berliner Frauen und Männer zwischen 70 und 105	1990-1994	Nein	Nein	Nein	Nein; Nur Alte im Sample	Nein	Nein	Nein	Nein
Gittleman, Joyce (1999)*	Arbeitslosigkeit Geburt Trennung/Scheidung Weitere (auch pos.)	Männer und Frauen zwischen 25 und 64	1967-1991	Nein	Ja vor/nach 1979	Nein	Nein	Ja für familiäre Events	Nein	Nein	Nein

DiPrete, McManus (2000)	Arbeitslosigkeit (Geburt) Trennung/Scheidung	Männer und Frauen zwischen 25-50 im Ausgangsjahr	D: 1984-1996 USA: 1981-1993	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja
Hungerford (2001)	Verwitung	Frauen ab 58, die von Verwitung betroffen sind	D: 1984-1997 USA: 1980-1997	Ja	Nein	Ja	Nein; Nur Alte im Sample (altersspezifisches Risiko)	Nein, nur Frauen	Nein	Nein	Nein
McManus, DiPrete (2001)	Trennung/Scheidung	Männer zwischen 18 und 65	1980-1993	Nein	Nein, aber Vergleich m. älteren Studien	Nein	Nein	Nein, nur Männer	Nein	Ja	Nein
Dewilde (2002)*	Trennung/Scheidung	Frauen ab 18 Jahren	1994-1996	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein, nur Frauen	Nein	Nein	Nein
DiPrete et al. (2003)	Geburt	Frauen zwischen 18 und 40	D: 1984-2000 USA: 1981-1997	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein, nur Frauen	Nein	Ja	Nein
Zaidi et al. (2005)	Arbeitslosigkeit Krankheit Verwitung Weitere	Männer und Frauen ab 60	1990-2000	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Teilw.	Nein	Nein
Andrefß et al. (2006)	(Geburt) Trennung/Scheidung	Männer und Frauen zwischen 18-60	1984-1999	Nein	Nein	Ja	Ja; Innerhalb der Altersbegrenzung, aber kein zentraler Untersuchungsgegenstand	Ja	Ja (Bildung), aber keine Diskussion	Nein	Nein

* „Armutstudie“, der Einfluss des Ereignisses auf die Wahrscheinlichkeit, in Armut zu fallen, o.ä. wird untersucht.

¹ Klammern bedeuten, dass die Auswirkungen des Risikos kein zentraler Gegenstand der Untersuchung sind.

² Bezieht sich i.d.R. auf die verwendeten Wellen der Datensätze.

³ Z.B.: Neben mittlerer/medianer Veränderung auch andere Punkte der Verteilung (Perzentile).

⁴ Auch separate Modelle für die jeweiligen Gruppen wurden als Berücksichtigung gewertet.

Die Tabelle macht deutlich, dass die bisherige Forschung über die Folgen von Lebensrisiken viele Fragen offen gelassen hat. Sehr unvollständig ist unser Wissen vor allem noch in den folgenden Punkten:

- Es gibt praktisch keine Arbeiten, die längsschnittbasiert sind und zugleich die zeitliche Entwicklung der Ereignisfolgen untersuchen.² Das ist angesichts der großen Zahl von teils unvereinbaren Thesen zur Entwicklung dieser Folgen im Allgemeinen und zu ihrer Abfederung durch den Wohlfahrtsstaat im Besonderen bedauerlich.
- Einige Risiken wie Arbeitslosigkeit und Trennung sind umfassender untersucht als andere wie zum Beispiel Krankheit, über die wir nur sehr wenig wissen. Eine Studie, die einen größeren Katalog von Risiken in einem Projekt mit einheitlicher Datengrundlage und Methodik untersucht, ermöglicht die vergleichende Analyse der Folgen verschiedener Typen von Risiken.³
- Eine große Forschungslücke besteht im mangelnden Wissen über das Ausmaß und die Ursachen von Einkommensschwankungen im Alter.⁴ Die in den hier tabellarisch zusammengefassten Arbeiten fast ausnahmslos vorgenommene Beschränkung auf ein wie auch immer abgegrenztes Kernerswerbsalter ist zwar theoretisch wohlbegründet, weil die Bewältigung der Lebensrisiken für diese Altersgruppe einer anderen Logik folgen dürfte als für die Gruppe der Alten. Eine komplementäre Literatur, die vergleichbare Analysen für Mobilitätsprozesse im Alter durchführte, existiert aber bislang kaum einmal im Ansatz.
- Fragen des Ausmaßes sozialer Unterschiede in den Ereignisfolgen sind in der Literatur, von Geschlechterunterschieden einmal abgesehen, nur selten systematisch berücksichtigt worden. Insbesondere die Betrachtung „vertikaler“ Ungleichheiten hat bislang eine untergeordnete Rolle gespielt, obwohl Einkommens- und Bildungsunterschiede nach wie vor zu den strukturierendsten Formen sozialer Ungleichheit gehören.
- Das Gewicht sozialstaatlicher Abfederungen der Risikofolgen durch das Steuer-Transfer-System ist nicht immer Bestandteil der Forschungsfragen gewesen und bislang nur lückenhaft ausgelotet worden.
- Viele Arbeiten konzentrieren sich auf kurzfristige wirtschaftliche Folgen und unterlassen somit die Untersuchung längerfristiger Folgen, so dass z.B. der Beitrag von Gegenmobilität - wie etwa der (Wieder-)Eintritt in den Arbeitsmarkt oder das (Wieder-)Eingehen einer Partnerschaft - zur Bewältigung der Lebensrisiken un(ter)erforscht bleibt.

Das weitere Forschungsresümee gliedert sich wie folgt: In Abschnitt 2.1.3 werden die grundlegenden theoretischen Überlegungen vorgestellt, von denen das Forschungsvorhaben ausgeht. Die beiden anschließenden Abschnitte begründen die Relevanz der geplanten Untersuchung. Dazu wird sowohl für den deutsch-amerikanischen (2.1.4) als auch für den zeitlichen Vergleich (2.1.5) auf vieldiskutierte und teils widersprüchliche Behauptungen verwiesen, die durch die bisherige empirische Forschung nicht ausreichend überprüft worden sind.

² Umfangreiche länder- und zeitvergleichende Studien, die eher auf die Inzidenz als auf die Folgen von Lebensrisiken abzielen, sind allerdings im Rahmen des GLOBALIFE-Projektes vorgenommen worden (Blossfeld et al. 2005, 2006a, 2006b, 2007; Blossfeld und Hofmeister 2006).

³ Wichtige Ausnahmen sind die Arbeiten von Berntsen (1992) und Andreß (1996, 1999) für Deutschland und die Arbeiten von Burkhauser und Duncan (1988, 1989) für die USA. Allerdings lässt jede dieser Studien den einen oder anderen wichtigen Punkt (Differenzierung, Steuer-Transfer-Effekt, längerfristige Folgen) außer Acht. Zudem nimmt keine der Studien die langfristige Veränderung der Ereignisfolgen in den Blick.

⁴ Zwei der wenigen Ausnahmen sind die Arbeiten von Wagner und Motel (1998) und von Zaidi et al. (2005).

2.1.3 Die wirtschaftlichen Folgen von kritischen Lebensereignissen und ihre Bewältigung

Bei der Analyse der wirtschaftlichen Folgen ausgewählter Lebensrisiken wird in der Forschung üblicherweise zwischen den *bedarfs- und den einkommensbezogenen Konsequenzen* eines Ereignisses unterschieden. Das Risiko „Krankheit“ beeinflusst beispielsweise die wirtschaftliche Situation der Betroffenen auf zwei Arten: über einen erhöhten Bedarf – erhöhte Gesundheitsausgaben binden Ressourcen, die damit nicht mehr für anderen Konsum verfügbar sind – und über einen (vorübergehenden) Rückgang der Einkünfte infolge von Erwerbsunfähigkeit. Die bedarfsbezogenen Auswirkungen eines Ereignisses werden im Folgenden auch als „direkte Ereigniskosten“ bezeichnet und die einkommensbezogenen Auswirkungen als „indirekte Ereigniskosten“. Leider ist die Mehrzahl der verfügbaren Mikro-Datensätze nur zur Abschätzung der indirekten Ereigniskosten gut geeignet. Diese Einschränkung wiegt umso schwerer, je stärker die wirtschaftlichen Folgen eines Ereignisses über Veränderungen des Bedarfs vermittelt sind. Alle untersuchten Risiken wirken aber zumindest teilweise auch über Veränderungen des Einkommens, so dass das Forschungsvorhaben zumindest über diese wichtige Komponente der umfassenderen wirtschaftlichen Konsequenzen Aufschluss geben kann.⁵

Wie das an die Arbeiten von Thomas DiPrete (2002) angelehnte Schaubild 1 deutlich macht, können die direkten und indirekten Kosten negativer Lebensereignisse grundsätzlich durch zwei Mechanismen abgedeckt werden: durch Versicherungsmechanismen im weiteren Sinne und durch kompensatorische Gegenmobilität.⁶ In allen Industrienationen leisten öffentliche bzw. wohlfahrtsstaatliche Versicherungsmechanismen einen großen Beitrag zur Bewältigung der direkten und indirekten Kosten von Lebensrisiken. Neben den eigentlichen öffentlichen Sozialversicherungsprogrammen sind insbesondere auch das (progressive) Steuersystem (Varian 1980; Fabig 1999) und die bedarfsgeprüften Grundsicherungsleistungen wichtige Instrumente zur Regulierung der Folgen von Lebensrisiken.

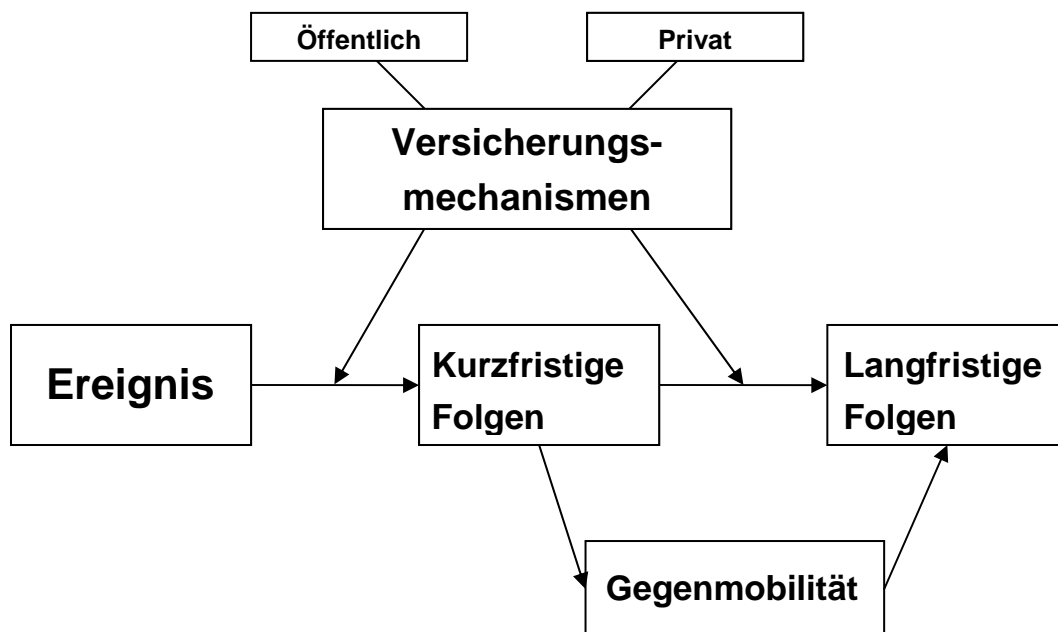
Ergänzt werden diese öffentlichen durch eine Reihe privater Versicherungsmechanismen. In erster Linie ist hier an privaten Versicherungsschutz im engeren Sinne zu denken: durch die Zahlung von Prämien werden Ansprüche auf Leistungen im Schadensfall erworben. Besonders im amerikanischen Kontext spielen neben auf dem privaten Markt erworbenem Schutz auch arbeitgeberbasierte und -subventionierte („intermediäre“) Programme eine große Rolle (Hacker 2002). Daneben gibt es eine Reihe weiterer „privater“ Mechanismen, die ganz ähnlich wie Versicherungen wirken. Zum Beispiel hängt es vom gesamten Haushaltseinkommen ab, wie stark gegebene Ereignisfolgen ins Gewicht fallen. In diesem Sinne sind etwa Mehr-Verdiener-Haushalte besser gegen die Folgen von Lebensrisiken abgesichert als Haushalte mit nur einem Verdiener (Hacker 2004). Eine weitere wichtige Form der privaten Risikoversicherung ist die Bildung von Ersparnissen - und der Rückgriff auf diese ist eine entsprechend wichtige private Form der Risikobewältigung.⁷

⁵ Sofern man bereit ist, gewisse plausible Annahmen zu machen, kann in vielen Fällen aber zumindest die Richtung bestimmt werden, in der die allgemeinen wirtschaftlichen von den ermittelten Einkommensfolgen abweichen. Angesichts der vergleichsweise niedrigen Krankenversicherungsraten in den USA ist etwa davon auszugehen, dass die direkten Krankheitskosten hier im Durchschnitt höher sind als in Deutschland. Ähnliche Überlegungen lassen sich auch für viele andere Vergleiche anstellen.

⁶ Viele der Überlegungen lassen sich auch auf den Fall positiver Lebensereignisse übertragen. Ein wichtiger Unterschied besteht, wie DiPrete (2002) bzw. DiPrete und McManus (2000) betonen, allerdings darin, dass aus offensichtlichen Gründen nur negative Lebensereignisse Anreize zu kompensatorischer Gegenmobilität implizieren. Die wirtschaftlichen Folgen positiver Lebensereignisse bestehen deshalb tendenziell länger fort als die Folgen negativer Ereignisse.

⁷ Diese Liste kann zum Beispiel noch um – intrafamiliare – Transfers zwischen Haushalten (und Generationen) erweitert werden, für die gezeigt worden, dass sie wenigstens teilweise durch die Bedürftigkeit der Empfänger motiviert werden (Kohli und Künemund 2003).

Schaubild 1



Vor allem die mittel- und längerfristigen Folgen von Lebensrisiken hängen aber nicht nur von den unmittelbaren Folgen der Ereignisse und ihrer Abfederung durch Versicherungsmechanismen ab, sondern auch und gerade von eventuellen Verhaltensanpassungen der betroffenen Individuen und Haushalte (DiPrete und McManus 2000; DiPrete 2002). Als Verhaltensanpassungen oder Gegenmobilität wollen wir im Anschluss an DiPrete (2002) Ereignisse wie die Erhöhung der Erwerbstätigkeit oder das (Wieder-)Eingehen einer Partnerschaft bezeichnen, die die Lage der Individuen – ähnlich wie Versicherungsmechanismen – tendenziell verbessern, die aber erhebliche Investitionen (Arbeitsplatz- und Partnersuche, geographische Mobilität) seitens der Betroffenen erfordern können.⁸ Die Höhe der jeweils notwendigen Investitionen hängt suchtheoretischen Modellen zufolge entscheidend von den gesellschaftlich vermittelten Opportunitätsstrukturen ab, d.h. von der Größe und der Zusammensetzung des Stellen- oder Partnerpools (Gangl 2004).⁹

Eine vollständige Untersuchung des „Risikoregimes“ einer Gesellschaft sollte neben einer breiten Palette zentraler Risiken auch die Bedeutung von Gegenmobilität – und damit auch die mittel- und längerfristigen Auswirkungen von Lebensrisiken – systematisch berücksichtigen. Dies gilt gerade auch deshalb, weil die Kritiker umfassender wohlfahrtsstaatlicher Absicherung vermuten, dass diese die Wahrscheinlichkeit von Gegenmobilität durch die Verringerung von Anreizen senke und dass deshalb ein „Trade-Off“ zwischen kurz- und langfristigen Ereignisfolgen besteht.

⁸ Die Inanspruchnahme öffentlicher wie privater Versicherungsleistungen bezeichnen wir – ähnlich wie DiPrete, aber anders als zum Beispiel Andreß (1996, 1999) – nicht als Verhaltensanpassungen, sondern als Versicherungsmechanismen.

⁹ Übersehen werden sollte dabei nicht, dass negative Lebensereignisse unter Umständen auch einen Prozess der kumulativen Benachteiligung in Gang setzen können, so zum Beispiel wenn der aus einem Arbeitsplatzverlust resultierende ökonomische Druck das Scheidungsrisiko erhöht (O’Rand 1997; Yeung und Hofferth 1998).

2.1.4 Der Ländervergleich - Alte und neue Risiken und ihre Verarbeitung im deutschen und amerikanischen Wohlfahrtsstaat

Im idealtypischen (Zerr-)Bild verschiedener „Wohlfahrtsstaatsregime“ gelten Deutschland und die USA gemeinhin als Vertreter des konservativen und des liberalen Typs (Esping-Andersen 1990; Goodin et al. 1999). Der deutsche Sozialstaat versucht demnach, die Lebensverläufe der Bürger in wirtschaftlicher Hinsicht zu stabilisieren, indem er darauf abzielt, sowohl die Folgen als auch die Inzidenz kritischer Lebensereignisse gering zu halten (DiPrete 2002). Öffentliche Versicherungsmechanismen spielen dabei die entscheidende Rolle. Im liberalen oder residualen Wohlfahrtsstaat der USA ist das System der sozialen Sicherung hingegen weniger ausgebaut (Howard 1997; Hacker 2002). Damit verbindet sich die Hoffnung, dass der weitgehende Verzicht auf Eingriffe in das Wirtschaftsleben eine wirtschaftliche Dynamik freisetzt, von der letztlich alle Bürger profitieren. Bei der Bewältigung von Lebensrisiken spielen private Formen der Vorsorge, d.h. individuelle und arbeitgeberbasierte Versicherungsmechanismen – ganz im Sinne eines teilweisen „crowding out“ privater durch staatliche Vorsorge – eine größere Rolle (vgl. zur Bedeutung privater Altersvorsorge z.B. Casey und Yamada 2004). Gleiches gilt auch für eigene Anstrengungen im Sinne von Gegenmobilität. Die Tabelle 2 fasst die idealtypischen Unterschiede zwischen den beiden Wohlfahrtsstaaten und ihre hypothetischen Implikationen für die Folgen kritischer Lebensereignisse zusammen.

Tabelle 2: Idealtypische Unterschiede zwischen deutschem und amerikanischem Risikoregime

	Deutschland	USA
Staatliche Absicherung	Hoch für alte Risiken	Niedrig (aber risikospezifische Variation)
Private Absicherung	Niedrig	Hoch
Durchschnittliche kurzfristige Ereignisfolgen	Niedrig	Hoch
Differenzierung der kurzfristigen Ereignisfolgen	Niedrig	Hoch
Verarbeitung der Risikofolgen durch Gegenmobilität	Niedrig bzw. langsam	Hoch bzw. schnell
Durchschnittliche langfristige Ereignisfolgen	?	?
Differenzierung der langfristige Ereignisfolgen	?	?

Die größere Bedeutung privater Mechanismen in den USA wirkt zwar den deutsch-amerikanischen Unterschieden im Bereich der Sozialversicherung entgegen, aber dennoch wird meist davon ausgegangen, dass das durchschnittliche kurzfristige Sicherungsniveau in Deutschland höher ist und dass die durchschnittlichen Folgen kritischer Lebensereignisse dementsprechend geringer ausfallen.

Eine weitere wichtige Implikation der größeren Bedeutung privater Vorsorge in den USA ist, dass der individuelle Absicherungsgrad und damit auch die individuellen Folgen hier stärker variieren dürften als in Deutschland. Dafür spricht, dass der Zugang zu betrieblichen Vorsorgeprogrammen positiv mit anderen Merkmalen der Beschäftigungsqualität und insbesondere auch mit der Höhe der Erwerbseinkommen korreliert (vgl. z.B. Dalto 1988; Shuey und O’Rand 2004). Allgemeiner gilt, dass individuelle und intermediäre Vorsorgeformen Individuen mit hohem und geringem Risiko (sogenannte „schlechte“ und „gute“ Risiken) weniger stark bündeln („poolen“), als dies umfassendere staatliche Programme tun. Die Versicherungskonditionen entsprechen damit stärker dem individuellem Risikoprofil, sind für Individuen mit hohem Risiko also schlechter, so dass die Umverteilung von „guten“ zu „schlechten“ Risiken geringer ist (Hacker 2006).

Aus all diesen Gründen ist davon auszugehen, dass die Absicherung gegen die alten Risiken im amerikanischen Wohlfahrtsstaat nicht nur durchschnittlich schwächer ausfällt, sondern auch ungleicher verteilt und dabei insbesondere stärker „vertikal“ (nach Klassen) differenziert ist. Der hier geplante Vergleich des deutschen und des amerikanischen Risikoregimes sollte neben den mittleren Folgen deshalb auch die Streuung der wirtschaftlichen Folgen und den Grad ihrer „Strukturierung“ durch alte und neue Formen sozialer Ungleichheit systematisch berücksichtigen.

Nach einer vor allem in den Wirtschaftswissenschaften weit verbreiteten Auffassung spricht für den amerikanischen Wohlfahrtsstaat, dass er – gerade weil die Absicherung der Lebensrisiken vergleichsweise schwach ist – zu Gegenmobilität anreize. Diese werde durch weitere Faktoren wie den vergleichsweise „flexiblen“ Arbeitsmarkt (niedriger Kündigungsschutz etc.) zusätzlich begünstigt (vgl. z.B. Siebert 1997). Im deutschen Wohlfahrtsstaat führe hingegen die Kombination von geringen Anreizen zur Eigeninitiative und institutionellen Arbeitsmarktrigiditäten zu hoher Langzeitarbeitslosigkeit und zur Segmentierung der Erwerbsbevölkerung in eine Gruppe gut integrierter bzw. integrierbarer „Insider“ und eine Gruppe langzeitarbeitsloser „Outsider“ (Esping-Andersen 1996b; Manow und Seils 2000).¹⁰ Insbesondere Gangl (2004, 2006) hat dem entgegengehalten, dass eine stärkere kurzfristige Abfederung der Einkommenseinbußen die längerfristigen Einkommenseinbußen („scar effects“) indirekt verringern könne, indem sie den Arbeitslosen mehr Zeit für die Suche nach einer adäquaten Wiederbeschäftigung lasse, was zu einem besseren „Match“ zwischen den Qualifikationen des Arbeitnehmers und dem Stellenprofil neuer Positionen führe (vgl. auch Pollmann-Schult und Büchel 2005).

Bezüglich der langfristigen Ereignisfolgen scheinen sich aus den diskutierten Argumenten keine klaren Voraussagen zu ergeben, was in der Tabelle darin zum Ausdruck kommt, dass die entsprechenden Zellen Fragezeichen enthalten. Zwar dürfte die Abfederung auch der längerfristigen Ereignisfolgen durch öffentliche Versicherungsmechanismen in Deutschland tendenziell höher sein. Die (vermeintlich) höhere Gegenmobilität in den USA wirkt allerdings in die entgegengesetzte Richtung und die Richtung des Länderunterschieds ist hier deswegen erst einmal unbestimmt.

Derartige schematische Gegenüberstellungen von konservativem deutschem und liberalem amerikanischem Wohlfahrtsstaat sind zwar ein nützlicher Ausgangspunkt, zugleich aber doch sehr simplifizierend. Zum einen sind die deutsch-amerikanischen Unterschiede für einige Risiken (Krankheit) stärker ausgeprägt als für andere (Alter); zum anderen weisen viele Autoren darauf hin, dass eine Reihe „neuer“ familiärer Risiken in konservativen Wohlfahrtsstaaten und insbesondere in Deutschland auf Grund einer anhaltenden Orientierung am männlichen Ernährermodell nicht besonders gut abgesichert sei (Ostner 1995; Lewis 1998; Esping-Andersen 1999; Taylor-Gooby 2004). Vor diesem Hintergrund will das beantragte Projekt spezifisch auf einzelne Risiken und deren Folgen eingehen. Als "alte", d.h. traditionell sozialpolitisch abgedeckte Risiken sollen Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter untersucht werden, als "neue" Risiken werden Trennung bzw. Scheidung, die Geburt von Kindern und die Alleinerziehung betrachtet. Für die im Rahmen des Projekts genauer zu prüfende These, dass die deutsch-amerikanischen Unterschiede den idealtypischen Unterschieden zwar in Bezug auf Krankheit und Arbeitslosigkeit, nicht aber in Bezug auf Alter und familiärer Risiken entsprechen, sprechen diverse Befunde der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung:

- Sehr deutlich sind Variationen in der Absicherung gegen die *direkten Krankheitskosten*. Während in Deutschland der allergrößte Teil der Bevölkerung entweder über die gesetzlichen Krankenkassen oder privat abgesichert ist, ist die Nichtversicherungsrate in den USA

¹⁰ Vgl. Nickell (1997) für eine Diskussion derartiger Argumente und ihre Überprüfung auf der Grundlage von Aggregatdaten.

beträchtlich.¹¹ Zwar existiert mit *Medicare* ein öffentliches Programm für die Rentnerbevölkerung und mit *Medicaid* auch ein bedarfsgeprüftes Programm für Niedrigeinkommensbezieher, aber besonders unter sozial schwachen Haushalten, die sich nicht für das *Medicaid*-Programm qualifizieren, sind die Nichtversicherungsraten sehr hoch (CBO 2003).¹²

- Der für die *indirekten Krankheitskosten* entscheidende Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ist in Deutschland quasi universell. In den USA sind die Arbeitgeber in der Regel nicht zur Lohnfortzahlung („paid sick leave“) verpflichtet, und ein eventueller Anspruch ist individualvertraglich geregelt. Einer Untersuchung zufolge hatte Ende der neunziger Jahre nur etwa die Hälfte aller abhängig Beschäftigten Anspruch auf Lohnfortzahlung, wobei dieser klar mit anderen positiven Arbeitsplatzmerkmalen korrelierte (IWPR 2004).
- Die öffentliche Absicherung gegen die Einkommensfolgen der *Arbeitslosigkeit* ist in Deutschland besser als in den USA, weil sowohl die Höchstanspruchsdauer als auch die Nettoersatzquote der Versicherungsleistungen höher ist (OECD 1997; Scruggs 2006). Darüber hinaus ist auch der Anteil der Leistungsbezieher an allen Arbeitslosen in Deutschland wesentlich höher (Gangl 2004; U.S. Congress, Committee on Ways and Means 2004: 4-7). Bis zu den Hartz-Reformen existierte in Deutschland mit der Arbeitslosenhilfe sogar eine grundsätzlich unbefristete, wenn auch bedarfsgeprüfte, Einkommensersatzleistung, die seither einer Grundsicherung gewichen ist.
- Sowohl in Deutschland als auch in den USA bildet ein umlagefinanziertes Rentenversicherungsprogramm mit beitragsabhängigen Leistungen den Kern der öffentlichen *Altersvorsorge*. In Deutschland verhält sich die Höhe der Rentenzahlung proportional zu den geleisteten Beiträgen („Äquivalenzprinzip“), während die amerikanische Ersatzquote mit steigendem Erwerbseinkommen sinkt und dadurch eine relativ gleichmäßige Verteilung der Renteneinkommen begünstigt (Diamond 2004; CBO 2006). Wegen dieser progressiven Rentenformel und des auch durchschnittlich geringeren Rentenniveaus sind die öffentlichen Renten amerikanischer Gutverdiener im Vergleich zum früheren Einkommen eher niedrig (Scruggs 2006; OECD 2005, 2007). Arbeitgeberbasierte und individuelle Altersvorsorge, die die Ungleichheit der Renteneinkommen eher erhöhen, spielen in den USA daher eine größere Rolle.
- Die wirtschaftlichen Folgen der neuen familiären Risiken (Taylor-Gooby 2004) hängen von einer besonders großen Zahl wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen ab, die hier nicht im Einzelnen diskutiert werden können. Vielfach wird angenommen, dass bei den Folgen neuer Risiken eine fundamentale Geschlechterasymmetrie zum Nachteil der Frauen auftritt, weil Frauen mit Kindern ihre Erwerbstätigkeit zugunsten unbezahlter Arbeit zurückstellen (Holden und Smock 1991; Poortman 2000).¹³ Von daher wird allgemein vermutet, dass der Schlüssel zur Verringerung der Geschlechterasymmetrie in einer hohen Erwerbstätigkeit von Frauen im Allgemeinen und von (alleinerziehenden) Müttern im Besonderen liegt. Die Kernfrage für den Ländervergleich ist deshalb, inwieweit unterschiedliche institutionelle Rahmenbedingungen die Erwerbstätigkeit von Frauen begünstigen oder hemmen. Hier schneidet der deutsche

¹¹ Den Zahlen des Congressional Budget Office zufolge war 1998 etwa ein Zehntel der US-Bevölkerung das ganze Jahr über unversichert (CBO 2003: 3, Tabelle 1), und etwa die Hälfte aller privaten Bankrotterklärungen in den USA ist krankheitsbedingt (Himmelstein et al. 2005). Für Deutschland schätzen Greß et al. (2005) auf Grundlage des Mikrozensus, dass im Jahr 2003 etwa 188.000 Personen - also weniger als 0,3 Prozent der Bevölkerung - nicht krankenversichert waren.

¹² Neben den Rentnern sichert *Medicare* auch noch einige weitere Gruppen mit besonderen gesundheitlichen Problemen ab.

¹³ Eine nicht geschlechtsspezifische Ursache trennungsbedingter Wohlfahrtsverluste, die oft genannt wird, ist der Verlust von Einsparungspotentialen („Economies of scale“), die aus der gemeinsamen Haushaltsführung resultieren (Ott 1991; Sørensen 1994).

Wohlfahrtsstaat - wie viele andere konservative Wohlfahrtsstaaten - vergleichsweise schlecht ab, weil er die Erwerbstätigkeit von Müttern mit seiner transferorientierten Familienpolitik (Andreß 2003) nur bedingt unterstützt oder durch die Anreizwirkung des Ehegattensplittings sogar reduziert (Dingeldey 2000; Blome et al. 2008). Liberale Länder wie die USA erreichen demgegenüber deutlich höhere Frauen- und Müttererwerbsquoten, auch wenn sie – anders als die auf öffentliche Dienstleistungen setzenden Skandinavien – praktisch ausschließlich auf private Dienste vertrauen, wenn es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht (vgl. dazu Esping-Andersen 1999; Korpi 2000; Esping-Andersen et al. 2002; Andreß 2003; Leitner 2003; Leitner et al. 2004).

2.1.5 Der Zeitvergleich – Die Verarbeitung von Lebensrisiken in Deutschland und den USA seit den achtziger Jahren

Einer weit verbreiteten Auffassung zufolge haben individuelle Einkommensunsicherheiten in den Industrienationen über die letzten Jahrzehnte vor allem auf Grund von zwei Entwicklungen zugenommen: einer zunehmenden Verbreitung von Lebensrisiken und einer Verschärfung ihrer wirtschaftlichen Konsequenzen, u.a. aufgrund des Abbaus sozialstaatlicher Sicherungen (Breen 1997; Scherer und Müller 2003). Die These, dass sich die wirtschaftlichen Konsequenzen zentraler Lebensrisiken verschärft haben, soll im beantragten Projekt gründlich geprüft werden. Begründet wird die These in der Literatur in erster Linie mit einem Abbau sozialstaatlicher und arbeitgeberbasierter Formen der Risikokontrolle, den verschiedene Autoren mit dem Begriff der „Rekommodifizierung“ umschrieben haben (Neyer und Seeleib-Kaiser 1996; Breen 1997; Gilbert 2002, vgl. auch die jüngst durch eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung popularisierten Thesen vom Aufkommen eines neuen "Prekariats" – Vogel 2004; Neugebauer 2007 – sowie die vielbeachteten Befunde des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zum „Schrumpfen der Mittelschicht“ – Grabka und Frick 2008).¹⁴ Vereinfacht gesprochen, nähern sich die Industrienationen dieser Auffassung zufolge zunehmend dem Idealtypus des „liberalen“ Wohlfahrtsstaates an (Gilbert 2002). Weil die Vereinigten Staaten einen derartigen Wohlfahrtsstaat stärker verkörpern als die meisten europäischen Länder und weil die Politik der Europäischen Union vor allem auf den Abbau von Markthindernissen abzielt, ist in diesem Zusammenhang oftmals auch von einer „Amerikanisierung“ die Rede (Crouch 1999: 408). Aber nicht nur die europäischen Wohlfahrtsstaaten, auch die USA selbst sind nach Auffassung vieler Autoren in diesem Sinne weiter amerikanisiert worden, haben traditionelle Transferprogramme zurückgefahren und sich zunehmend in Richtung eines Wohlfahrtsstaats entwickelt, der sich Wohlfahrtsgewinne vor allem von der Integration möglichst breiter Bevölkerungskreise in den Arbeitsmarkt erhofft (Gilbert 2002; Hacker 2006; Blank im Erscheinen).

Die Rekommodifizierungsthese ist allerdings nicht unwidersprochen geblieben. So haben diverse Autoren darauf aufmerksam gemacht, dass Globalisierungsprozesse, die oft als wichtige Ursache vermeintlicher Rekommodifizierungsprozesse genannt werden, wenn überhaupt, nur allmählich und mit von Land zu Land unterschiedlicher Geschwindigkeit zu den behaupteten Anpassungen zwingen (Garrett 1998; Swank 2002; Hay 2006; vgl. auch Goldthorpe 2002). Ein zentrales Argument der Skeptiker ist, dass die – durchaus umstrittene – Zunahme individueller Risiken auch eine gesteigerte Nachfrage nach sozialer Sicherung nach sich zöge, die sich – je nach

¹⁴ Die zunehmende Häufigkeit von Lebensrisiken wird vor allem auf Globalisierungsprozesse, beschleunigten technologischen Wandel und abnehmende familiäre Stabilität zurückgeführt (vgl. dazu auch Esping-Andersen 1999; Taylor-Gooby 2004; Blossfeld et al. 2007).

institutionellem Kontext (Schulze und Ursprung 1999) – mehr oder weniger erfolgreich in kompensierende politische Angebote umsetzen würde (Iversen und Cusack 2000).

Ein weiteres Argument ist, dass pauschale Etikettierungen wie „Rekommodifizierung“ oder „Amerikanisierung“ die vielschichtigen und teilweise stark länderspezifischen Entwicklungen nicht adäquat beschreiben, weil Globalisierungsprozesse nur vermittelt über nationale Institutionen und Politikmuster zum Zuge kommen (Scharpf und Schmidt 2000). Dementsprechend existiert eine Vielzahl detaillierter Länderstudien, die die institutionellen Entwicklungen differenzierter zu beschreiben versuchen. Sowohl für Deutschland wie für die USA ist dabei kennzeichnend, dass sich in der Literatur widersprüchliche Thesen gegenüber stehen, die entweder primär die Trägheit und Beharrungskraft entwickelter Wohlfahrtsstaaten akzentuieren oder aber den Abbau sozialer Sicherungen in den Vordergrund rücken.

Während die Studien aus dem Kreis des Kölner Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung für Deutschland eher die Reformträgheit herausstreichen (vgl. stellvertretend für viele Manow und Seils 2000), vertreten Bleses und Seeleib-Kaiser (2004) ähnlich wie früher schon Nullmeier und Rüb (1993) und Alber (2000) die These einer recht tiefgreifenden „doppelten Transformation“: Einem primär fiskalpolitisch motivierten schrittweisen, in der Summe aber durchaus gravierenden Abbau „erwerbsarbeitszentrierter“ Programme zur Absicherung alter Risiken stehe ein langsamer, aber stetiger Ausbau familienpolitischer Maßnahmen zur Bekämpfung neuer Risiken gegenüber (vgl. ähnlich auch Clasen 2005).¹⁵ Zur Vorstellung gravierender Veränderungen passen vor allem die Arbeitsmarktreformen durch die sogenannte Hartz-Gesetzgebung, in deren Rahmen u.a. die Einkommensersatzleistungen der Arbeitslosenhilfe durch eine bedarfsgeprüfte Grundsicherung abgelöst wurden. In der Familienpolitik scheint sich der Wandel zugunsten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sichernder Programme in der jüngsten Vergangenheit noch beschleunigt zu haben (vgl. dazu in vergleichender Perspektive Blome et al. 2008). Prominente Beispiele dafür sind die Einführung des Elterngeldes zum 1. Januar 2007 und die teils noch unverwirklichten Pläne zum Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung.

Auch in den USA steht einer von Paul Pierson (1994) begründeten Schule, die eher die Reformträgheit akzentuiert - weil mit dem Wachstum sozialpolitischer Programme immer auch der Aufstieg dieser Programme verteidigender Interessengruppen verbunden sei -, eine Richtung gegenüber, die in der jüngeren Vergangenheit einen "Great Risk Shift" am Werke sieht (Hacker 2006). Während Pläne der Bush-Administration zur umfassenden Umgestaltung der "social security" rasch ad acta gelegt wurden, hat die Armutspolitik der USA durch die "welfare reform" der Clinton-Administration unter dem Motto "Ending welfare as we know it" im Jahr 1996 den größten Kontinuitätsbruch erfahren, als die traditionell unbegrenzt gewährte Unterstützung für bedürftige Familien (AFDC) der zeitlich limitierten und mit strikteren Arbeitsauflagen verbundenen Hilfe des TANF-Programms wich (Temporary Aid for Needy Families - vgl. dazu Weaver 2000; Blank und Haskins 2001; Blank im Erscheinen). Zu berücksichtigen ist hier allerdings, dass die an Bedürftigkeitstests gebundenen selektiven Leistungen auch in den USA mit rd. 1 % für TANF bzw. rd. 11 % für alle Sozialhilfeprogramme nur einen sehr kleinen Teil der von der Rentenversicherung und den Gesundheitsschutzprogrammen Medicare und Medicaid dominierten staatlichen Sozialausgaben ausmachen (U.S. Census Bureau 2007, Tabelle 523, S. 346). Die im Rahmen des Earned Income Tax Credit (EITC) gewährte negative Einkommenssteuer wurde seit der Einführung in den siebziger Jahren wiederholt ausgebaut, während auf der Ebene einzelner Bundesstaaten Kinderbetreuungskosten für erwerbstätige Alleinerziehende subventioniert werden (Blank im Erscheinen). Der Generalnenner der jüngeren Reformen scheint demnach insgesamt in der

¹⁵ Auch die Arbeiten des Politologen Sven Jochem kommen zum Ergebnis eines in der Summe tiefgreifenden Wandels der deutschen Sozialpolitik; vgl. für die Rentenpolitik etwa Schulze und Jochem (2007),

Förderung der Arbeitsaufnahme zu liegen. Das wesentliche Ziel der Welfare-Reform, die Zahl der Sozialhilfeempfänger zu senken, wurde, begünstigt durch die positive Wirtschaftsentwicklung, bislang recht erfolgreich erreicht (Blank 2002, Blank im Erscheinen).

Während Autorinnen wie Blank daher eine tendenziell positive Bilanz der jüngeren Reformen ziehen, hat vor allem Jacob Hacker (2002, 2004, 2006) die pessimistischere These entwickelt, in den USA habe ein fundamentaler Wandel im Sinne eines großen „Risk Shift“ stattgefunden (vgl. auch Block 2007). Im Einklang mit der Rekommodifizierungsthese sieht Hacker in den USA nicht nur eine Verbreiterung zentraler Lebensrisiken, sondern auch eine – teils politisch induzierte – Verlagerung der Risikobewältigung vom Staat und den Betrieben auf die Individuen am Werk. Als wichtiges Beispiel nennt er Veränderungen der Steuergesetzgebung, die den oft dokumentierten Übergang von "defined benefit" (DB) zu "defined contribution" (DC) Rentenplänen in der arbeitgeberbasierten Altersvorsorge vorangetrieben hätten, was in vielen Fällen zu einer Erosion der Alterssicherung geführt habe (vgl. dazu auch Jacoby 1999; Munnell und Sundén 2004; Shuey und O’Rand 2004). Eine weitere Ursache für den vermeintlichen „Risk Shift“ sieht er wie andere Autoren in De-Industrialisierungsprozessen, die zu einer Schwächung der Gewerkschaften und zu einem Vordringen von Beschäftigungsverhältnissen ohne betriebliche Sozialleistungen geführt hätten (Shipler 2004; Hacker 2006; Block 2007).

In der Summe scheinen die meisten Studien, ungeachtet verschiedener Nuancierungen doch schwergewichtig zu der These zu gelangen, Einkommensunsicherheiten hätten über die letzten Jahrzehnte in den meisten Industrienationen zugenommen. Wie bereits erwähnt, hat diese These zwei Komponenten. Zum einen wird behauptet, die Inzidenz von Lebensrisiken habe zugenommen, zum anderen wird konstatiert, dass die sozialstaatliche und betriebliche Absicherung zentraler Lebensrisiken zurückgegangen sei. Die letztgenannte These vergleichend für Deutschland und die USA zu überprüfen, ist das zentrale Ziel des hier beantragten Projekts.

...

3 Ziele und Arbeitsprogramm

3.1 Ziele

Das Projekt soll die Einkommensfolgen (indirekte Kosten) und, soweit möglich, auch die allgemeineren wirtschaftlichen Folgen (direkte und indirekte Kosten) des Auftretens zentraler Lebensrisiken in Deutschland und den USA im Zeitraum 1984 bis 2007 auf der Grundlage von Längsschnittdaten untersuchen.¹⁶ Von zentralem Interesse sind dabei drei Aspekte:

- die Veränderung der Einkommensfolgen im Zeitverlauf;
- der Vergleich (des Grades und der Veränderung) der Streuung der Einkommensfolgen über verschiedene soziale Gruppen, wobei neben "vertikalen" Dimensionen der Ungleichheit vor allem das Geschlecht interessiert;
- der relative Beitrag, den sozialstaatliche Sicherungen, private Versicherungsmechanismen und private Gegenmobilität zur Bewältigung der Einkommensfolgen leisten.

Mit dem letztgenannten Aspekt wird eine Verknüpfung zweier Forschungsrichtungen angestrebt, die bisher noch weitgehend isoliert voneinander betrieben werden, nämlich der auf der Basis von

¹⁶ Im Folgenden ist der Einfachheit halber nur von den Einkommensfolgen die Rede.

Umfragedaten arbeitenden Mobilitätsforschung und der auf der Basis institutioneller Daten betriebenen Komparatistik wohlfahrtsstaatlicher Regelungen. Wir hoffen, mit Hilfe der hier angestrebten institutionenbezogenen Sozialstrukturanalyse gängige Thesen zur Entwicklungsrichtung des deutschen und amerikanischen Wohlfahrtsstaats und zur jüngsten Entwicklung der Lebenschancen in beiden Kontexten klarer beurteilen zu können, als das auf der Basis der bisher vorhandenen Literatur möglich ist.

3.1.1 Die zentralen Untersuchungsfragen

Die zentralen Untersuchungsfragen des Projektes sind:

1. Welche kurz-, mittel- und längerfristigen Einkommensfolgen zeitigt das Auftreten alter und neuer Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter auf der einen, Trennung und Geburt auf der anderen Seite, in Deutschland und den USA, und verändern sich die Folgen im Zeitraum seit den achtziger Jahren im Sinne der These zunehmender Prekarisierung?
2. Sind die Folgen der „alten“ Risiken Arbeitslosigkeit, Alter und Krankheit in Deutschland geringer, die Einkommensfolgen der neuen familiären Risiken aber ähnlich gravierend oder sogar einschneidender als in den USA?
3. Welchen Beitrag leisten sozialstaatliche Sicherungen zur Milderung der Einkommensfolgen, und wie verändert sich ihr Beitrag im Zeitverlauf? Kann von einer Individualisierung von Lebensrisiken bzw. von einer „Rekommodifizierung“ die Rede sein? Nähert sich Deutschland diesbezüglich den USA, wie es der Begriff der Amerikanisierung bzw. die These von der Modellhaftigkeit des amerikanischen Wohlfahrtsstaats suggeriert?

Diese noch recht allgemein gehaltenen Fragen werden vor dem Hintergrund der bisherigen Forschung zu den Einkommensfolgen sozialer Risiken präzisiert, um die zentralen Aspekte des deutschen und amerikanischen „Risikoregimes“ und ihrer zeitlichen Entwicklung zu erfassen. Die einkommensbezogene Ausrichtung des Projektes impliziert, dass nur die einkommensbezogenen Auswirkungen des Wohlfahrtsstaates systematisch untersucht werden können. Staatliche Leistungen zur Kompensation erhöhter Bedarfe wie die Übernahme der Gesundheitsausgaben durch die gesetzliche Krankenversicherung oder die Bezuschussung von Betreuungskosten können aufgrund der Datenlage nur sehr eingeschränkt berücksichtigt werden.

Neben den staatlichen Mechanismen der Risikobewältigung sind auch die Folgen privater Versicherungsmechanismen systematisch zu berücksichtigen. Deshalb soll das Projekt auch die folgenden Fragen untersuchen:

4. Inwieweit werden die Einkommensfolgen in beiden Ländern durch private Versicherungsmechanismen – individueller oder arbeitgeberbasierter Versicherungsschutz, Versicherung durch den Haushaltskontext – modifiziert? Spielen diese privaten Mechanismen in den USA eine größere Rolle, und gewinnen sie im Zeitverlauf an Bedeutung?

Auch für diese privaten Mechanismen gilt, dass ihre Auswirkungen auf Grund der einkommensbezogenen Ausrichtung des Projektes nur insoweit systematisch untersucht werden können, als sie über das Einkommen vermittelt sind. Insbesondere Versicherungen gegen die direkten Ereigniskosten und das Entsparen werden damit nicht systematisch erfasst. Es soll aber versucht werden, die groben und/oder auf wenige Zeitpunkte beschränkten Informationen zu Variablen wie Vermögensbestand, Kinderbetreuungs- und Gesundheitsausgaben, die in den verwendeten Datensätzen vorhanden sind, so weit wie möglich zu nutzen.

Wie in Abschnitt 2.1.3 herausgearbeitet wurde, kann die Bewältigung von Lebensrisiken aber nicht nur über öffentliche und private Versicherungsmechanismen, sondern gerade längerfristig auch über Verhaltensanpassungen oder Gegenmobilität seitens der betroffenen Individuen und weiterer Haushaltsmitglieder erfolgen. Diesem Aspekt sind die folgenden Fragen gewidmet:

5. Welche Bedeutung haben insbesondere Verhaltensanpassungen seitens der Betroffenen und weiterer Haushaltsmitglieder für die Verarbeitung der Einkommensfolgen? Ist die Bedeutung dieses privaten Mechanismus in den USA größer und nimmt sie – parallel zum vermeintlichen Abbau öffentlicher Versicherungsmechanismen – im Zeitverlauf zu?

Schließlich hat der Literaturüberblick deutlich gemacht, dass neben den „mittleren“ Einkommensfolgen auch das Ausmaß und die Korrelate der sozialen Streuung der Einkommensfolgen von Interesse sind. Viele Argumente zu den deutsch-amerikanischen Unterschieden – und damit indirekt auch die These von der „Amerikanisierung“ – haben klare Implikationen für die gruppenspezifische Verteilung der Einkommensfolgen, aber eine Untersuchung dieser Aspekte ist in der bisherigen Literatur nur sehr bedingt erfolgt, so dass auch die Beantwortung der folgenden Fragen ein zentrales Anliegen des Projekts ist:¹⁷

6. Wie stark variieren die Einkommensfolgen der Risiken, und mit welchen sozialen Merkmalen hängen die Unterschiede zusammen? Ist die vertikale Differenzierung der Risikofolgen in den USA größer als in Deutschland, und lässt sich im Sinne der Prekarisierungsthese im Zeitverlauf eine Diffusion negativer Folgen in die Mittelschicht feststellen? Welche Bedeutung haben verschiedene Bewältigungsmechanismen für diverse soziale Gruppen sowie Männer und Frauen?

Hier sollen vor allem vertikale Unterschiede (z.B. zwischen Bildungsgruppen oder Klassen), die in der bisherigen Forschung eine eher untergeordnete Rolle gespielt haben, sowie auch Geschlechterunterschiede berücksichtigt werden. Soweit möglich, ist auch die Dimension Ethnizität/Rasse zu berücksichtigen. Die Durchführbarkeit derartiger gruppenspezifischer Analysen hängt natürlich letztlich davon ab, ob ausreichende Fallzahlen zur Verfügung stehen. Der angestrebte Zeitvergleich verschärft diese Anforderungen weiter. Grundsätzlich sind wir vor dem Hintergrund unserer vorbereitenden Auswertungen (vgl. Abschnitt 2.2) aber zuversichtlich, dass die Fallzahlen für die meisten Risiken ausreichen, um wichtige neue Erkenntnisse zur sozialen Strukturierung ihrer wirtschaftlichen Folgen zu gewinnen.

3.2 Arbeitsprogramm

Zentrale Datengrundlagen des als Längsschnittanalyse angelegten Projekts sind das Sozioökonomische Panel (SOEP), die Panel Study of Income Dynamics (PSID) und das auf diesen Datensätzen basierende harmonisierte Cross-National Equivalent File (CNEF). Für einige Fragestellungen sollen gegebenenfalls weitere Datensätze wie der Survey of Income and Program Participation (SIPP) herangezogen werden. Im Rahmen der Vorbereitung dieses Antrags ist mit der Aufbereitung der Datensätze bereits begonnen worden.

¹⁷ Das Projekt strebt damit eine Erweiterung der Literatur an, zu der auch DiPrete und McManus angeregt haben: “We have compared ‘average’ effects for two important industrialized societies with different social welfare systems ... [T]here is the question of how these effects ... vary over the life course and across the income or educational distributions of the population“(2000: 366).

Die quantitativen Auswertungen umfassen dann für jedes Risiko eine genaue Quantifizierung der Einkommensfolgen zu verschiedenen Zeitpunkten nach dem Eintritt des Ereignisses und eine Analyse von Folgeereignissen und Verhaltensanpassungen auf Haushaltsebene. Zentral ist hier, dass ähnlich wie in der Arbeit von DiPrete und McManus (2000) die Einkommensfolgen für verschiedene Einkommenskomponenten betrachtet werden sollen (Arbeitseinkommen, Haushaltseinkommen vor und nach Steuern und staatlichen Transfers, mit und ohne private Transfers, bedarfsgewichtet und ungewichtet). Die Unterschiede in den ereignisbedingten Veränderungen für die verschiedenen Einkommensarten erlauben Rückschlüsse auf die Bedeutung der einzelnen Abfederungsmechanismen. Besonders hervorzuheben ist der Vergleich der Einkommensfolgen vor und nach Steuern und Transfers, der einen zentralen Indikator für die Auswirkungen des Steuer-Transfer-Systems darstellt. Wie schon erwähnt, sollen ähnlich wie bei DiPrete und McManus (2000) nicht nur die unmittelbaren, sondern auch die mittel- und längerfristigen Einkommensfolgen der Ereignisse untersucht werden.¹⁸ In einem abschließenden Analyseschritt soll der Prozess der Gegenmobilität eingehender untersucht werden.

Die mit den quantitativen Auswertungen der Umfragedaten mögliche Aufschlüsselung der Einkommen in Markteinkommen, Steuern und Transferzahlungen des Sozialstaats sowie betriebliche Sozialleistungen soll durch eine Untersuchung des sozialpolitischen institutionellen Rahmens und seiner wichtigsten Veränderungen für jedes analysierte Risiko in den beiden Ländern eine wichtige Ergänzung finden.

3.2.1 Arbeitsschritt 1: Untersuchung des institutionellen Rahmens und seiner zeitlichen Veränderung

Eine wichtige Rolle soll im Projekt die programmspezifische Untersuchung der institutionellen Rahmenbedingungen und ihrer Veränderung über die Zeit spielen. Hier ist an Sekundäranalysen im Sinne der Auswertung von drei Typen von Literatur gedacht, wobei die Größe des jeweils nächsten Schritts vom Ausmaß der auf der vorigen Stufe gewonnenen Informationen abhängt:¹⁹

- vorhandene Studien zur Transformation des amerikanischen und deutschen Sozialstaats (z.B. die Länderstudien in Gilbert und Van Voorhis 2003, Immergut et al. 2007 und Blome et al. 2008);
- komparative Datensammlungen mit institutionellen Daten (z.B. „Welfare State Entitlements Data Set“ – Scruggs 2006; „Social Security Programs Throughout the World“-Serie – U.S. Social Security Administration 2006, 2008; „MISSOC“-Datensammlung – Europäische Kommission 2007)
- nationale amtliche Überblicke über das Sozialrecht (für Deutschland die „Übersicht über das Sozialrecht“ – Bundesministeriums für Arbeit und Soziales 2008; für die USA das "Green Book" – U.S. Congress, Committee on Ways and Means 2004)

Insbesondere Jens Alber verfügt in diesem Zusammenhang über umfangreiches Vorwissen, das er in das Projekt einbringen wird. Ihm soll eine dafür einzustellende studentische Hilfskraft zur Seite gestellt werden, um die risikospezifischen institutionellen Wandlungsprozesse zusammen mit den für das

¹⁸ Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Möglichkeiten zur Berechnung insbesondere auch der „unmittelbaren“ Einkommensfolgen durch die Datengrundlage beschränkt werden (z.B. weil Informationen zum Einkommen nur auf Jahresbasis vorliegen).

¹⁹ Für die Untersuchung der zeitlichen Entwicklung muss auf verschiedene Jahrgänge der an zweiter und dritter Stelle genannten Quellen zurückgegriffen werden. Der Einfachheit halber verweisen wir hier nur auf die jeweils letzte Version der einzelnen Serien.

jeweilige Risiko vorgesehenen Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeitern zu erfassen, wobei an komprimierte Formen der Art von Informationen gedacht ist, wie sie in der Serie "Social Security Programs Throughout the World" von der U.S. Social Security Administration zur Verfügung gestellt werden und für Deutschland im Beitrag von Alber (2003) dargestellt wurden. Bei diesen Arbeiten kann auch auf seit langem bestehende Kooperationsbeziehungen Albers mit Sozialstaatsforschern in Deutschland und den USA zurückgegriffen werden.

3.2.2 Arbeitsschritt 2: Risikospezifische Längsschnittanalysen der Einkommensfolgen

Hier sollen die zentralen Variablen und die vorgesehenen Auswertungsschritte und statistischen Verfahren der geplanten Längsschnittanalysen genauer dargestellt werden. Die Trennung zwischen den Analyseschritten ist dabei eher analytischer Natur und nur teilweise im Sinne einer chronologischen Abfolge zu verstehen (vgl. dazu auch den Zeitplan in Abschnitt 3.2.3).

3.2.2.1 Zentrale Variablen

Abhängige Variablen: Die zentralen abhängigen Variablen sind verschiedene Einkommensvariablen: das individuelle Arbeitseinkommen und das Arbeitseinkommen des Haushalts, das Haushaltseinkommen vor und nach Steuern und staatlichen Transfers und mit und ohne private Transfers.

In allen Fällen kann grundsätzlich eine Bedarfsgewichtung durchgeführt werden. Eine besondere Bedeutung hat das bedarfsgewichtete Haushaltseinkommen nach Steuern und (staatlichen wie privaten) Transfers, weil dieses nach vorherrschender Auffassung dem Lebensstandard der Individuen am nächsten kommt. Die Untersuchung der entsprechenden Veränderung dürfte deshalb die beste einkommensbasierte Annäherung an die Auswirkungen der Risiken auf das allgemeine materielle Wohlergehen der Individuen sein. Auch die anderen Einkommenskonzepte und insbesondere der Vergleich der Folgen vor Steuern und Transfers mit den Folgen nach Steuern und Transfers sind für die Fragestellungen des Projektes aber von zentraler Bedeutung.

Grundsätzlich sollen auch mögliche Bedarfseffekte (direkte Kosten) der Lebensereignisse berücksichtigt werden. Bei den familiären Ereignissen geschieht dies implizit über die mit der Veränderung der Haushaltszusammensetzung verbundene Veränderung des Bedarfsgewichts. Hier sollen Sensitivitätsanalysen für verschiedene Äquivalenzgewichte durchgeführt werden (vgl. Jarvis und Jenkins 1999).²⁰ Soweit möglich, sollen aber auch direkte Informationen zu den Bedarfseffekten (z.B. Gesundheits- und Kinderbetreuungsausgaben) genutzt werden, wobei die Daten der Analyse hier allerdings enge Grenzen setzen.²¹

Unabhängige Variablen: Grundsätzlich sind geeignete Ereignisvariablen die zentralen unabhängigen Variablen der Untersuchung.²² Für das Risiko Alter wird allerdings eine etwas andere

²⁰ Eine weniger oft diskutierte kritische und mit den herkömmlichen Daten nicht zu prüfende Annahme ist, dass innerhalb der Haushalte das Gleichverteilungsprinzip herrscht (vgl. Findlay und Wright 1996 für eine Diskussion mit Bezug zur Armutsforschung, und Lundberg et al. 1997 für empirische Hinweise darauf, dass diese Annahme in der Realität nicht zutrifft). Auch hierfür sollen gegebenenfalls Sensitivitätsanalysen durchgeführt werden).

²¹ Unsere bisherige Sichtung der Datensätze hat ergeben, dass Angaben zu den Gesundheitsausgaben im PSID zumindest für die letzten Wellen vorliegen, im SOEP allerdings überhaupt nicht zur Verfügung stehen. Das PSID bietet in über zwanzig Wellen Informationen zu den Kinderbetreuungskosten, das SOEP bisher hingegen nur in vier (1987, 1996, 2002 und 2005).

²² Das Ereignis „Krankheit“ kann über längere Untersuchungszeiträume und für beide Länder konsistent nur über Informationen zum krankheitsbedingten Erwerbsausfall, den Behindertenstatus und ggf. auch über die subjektive Einschätzung des Gesundheit operationalisiert werden, wobei insbesondere der letzte Indikator auf Grund der einschlägigen Messprobleme keine größere Rolle spielen soll. Da das Projekt in erster Linie ohnehin nur die einkommensbezogenen Auswirkungen der Krankheit erfassen kann, wiegen die Einschränkungen durch die Operationalisierung über den Erwerbsausfall vielleicht nicht

Herangehensweise gewählt. Stark verkürzt geht es dabei darum, dass das Alter(n) im Gegensatz zu den anderen untersuchten Lebensereignissen eigentlich kein unmittelbares Risiko ist. Vom Alter kann eher deswegen als Risiko die Rede sein, weil es eine erhöhte Wahrscheinlichkeit bestimmter kritischer und mehr oder weniger altersspezifischer Lebensereignisse mit sich bringt und weil die Bewältigung dieser Risiken durch Gegenmobilität im Alter schwieriger ist.²³ Es liegt nahe, hier vor allem an zwei eher altersspezifische Ereignisse zu denken, die oft, aber keineswegs immer zusammenfallen: an den einsetzenden Bezug einer (öffentlichen) Rente und an die Reduzierung oder endgültige Beendigung der Erwerbstätigkeit.²⁴ Eine erweiterte Herangehensweise würde darin bestehen, neben diesen Ereignissen auch Krankheit und Verwitung und damit zwei weitere Risiken, deren Inzidenz im Alter tendenziell zunimmt, zu berücksichtigen. Die Untersuchung der Einkommensveränderungen von Lebensjahr zu Lebensjahr – der Effekt des „Ereignisses“, 66, 67, 68 usw. alt zu werden - soll ein wichtiger Analyseschritt sein. Letztlich soll das Hauptinteresse aber den Folgen der vermittelnden Ereignisse, also vor allem dem Ausscheiden aus der Erwerbstätigkeit und dem Übergang in die Rente, durchaus aber auch einer Reihe weiterer Ereignisse wie Verwitung und Krankheit gelten. Das generelle Interesse an kurz- und längerfristigen Folgen, unterschiedlichen Bewältigungsmechanismen und Gruppenunterschieden bleibt in diesem Kontext von Bedeutung. Tendenzuell soll die Untersuchung des Risikos „Alter“ im vorliegenden Projekt also eher auf eine Untersuchung der Einkommensfolgen verschiedener mehr oder weniger altersspezifischer Ereignisse im hohen Alter hinauslaufen (vgl. ähnlich Zaidi et al. 2005) und nicht an einem einzelnen Ereignis, wie etwa dem - zweifellos wichtigen - Übergang in die (gesetzliche) Rente, festgemacht werden.

Von zentraler Bedeutung sind auf Grund des Interesses an der Differenzierung der Einkommensfolgen auch das Geschlecht, Statusindikatoren wie Klasse oder Bildung und Ethnizität bzw. Rasse.

Darüber hinaus sind die „Gegenmobilitätsvariablen“ von Interesse, die als „Mechanismus-Variablen“ in die Modelle zu den längerfristigen Einkommensfolgen der Risiken aufgenommen werden sollen (s.u.).²⁵

3.2.2.2 Erster Analyseschritt – „Deskriptive“ Untersuchung der wirtschaftlichen Folgen

In diesem Schritt werden die relativen und absoluten Einkommensveränderungen nach Eintritt eines Risikos mittels einfacher deskriptiver Kennziffern für alle Befragten und für die verschiedenen interessierenden Gruppen erfasst. Auf Grund des besonderen Interesses an der der Streuung der Einkommensfolgen sollen hier neben der durchschnittlichen (oder medianen) Veränderung auch verschiedene Perzentile der Verteilung ermittelt, bzw. die gesamte Verteilung soll mittels geeigneter Verfahren (Kerndichteschätzung, Quantilplots; vgl. Schnell 1994) charakterisiert werden. Insbesondere für die familiären Ereignisse sollen auch hier bereits Sensitivitätsanalysen mit

allzu schwer. Für jedes der beiden Länder liegen zumindest zu bestimmten Zeitpunkten außerdem Zusatzinformationen zu Krankenhaushalten und der Betroffenheit von bestimmten Krankheiten vor, die eventuell ergänzend berücksichtigt werden können.

²³ Dafür gibt es verschiedene Gründe. Beispielsweise dürften Einschränkungen der Erwerbstätigkeit teilweise die Folge dauerhafter Produktivitätseinbußen (aus gesundheitlichen und anderen Gründen) sein. Auch das (Wieder-)Eingehen einer Partnerschaft gestaltet sich im Alter oftmals schwierig.

²⁴ Zu den Problemen bei der Abgrenzung des Ereignisses Verrentung, die vor allem daraus resultieren, dass diese Ereignisse nicht immer zusammenfallen, vgl. Lumsdaine und Mitchell (1999).

²⁵ Im Rahmen vertiefender Untersuchungen der Gegenmobilität können diese auch selbst wieder zu abhängigen Variablen werden (s.u. Abschnitt 3.2.2.4). Außerdem werden die Analysen eine Reihe weiterer Variablen berücksichtigen, die teils von inhaltlichem Interesse sind (Bsp.: rechtlicher Status der Beziehung beim Ereignis Trennung/Scheidung) und teils als Kontrollvariablen aufgenommen werden sollen (Bsp.: Betriebszugehörigkeit bei Arbeitslosigkeit). Die Auswahl dieser Variablen wird in enger Auseinandersetzung mit den zentralen bisherigen – risikospezifischen – Forschungsarbeiten vorgenommen werden.

verschiedenen Äquivalenzskalen sowie für alle Ereignisse auch gruppen- und periodenspezifische („früh vs. spät“) Analysen durchgeführt werden. In diesem Zusammenhang sollen dann auch verschiedene anschauliche Verfahren (Quantil-Quantil-Plots, „Relative PDF Plots“) zum Vergleich unterschiedlicher Verteilungen zur Anwendung kommen (Handcock und Morris 1999).

3.2.2.3 Zweiter Analyseschritt – Regressionsbasierte Quantifizierung der wirtschaftlichen Folgen

Die hier vorgenommenen Analysen bilden den Kern des Projektes. In diesem Schritt sollen länderspezifische Fixed-Effects-Modelle (bzw. weitestgehend äquivalente First-Difference-Modelle) geschätzt werden, die das Potential von Längsschnittdatensätzen zur Vermeidung von Verzerrungen durch unbeobachtete Heterogenität optimal nutzen (Halaby 2004) und gleichzeitig die Kontrolle weiterer Variablen erlauben. Weitere Variablen (neben den Ereignisvariablen) sollen aus zwei Gründen in die Modelle eingeführt werden: als „echte“ Kontrollvariablen (z.B. konjunkturelle Rahmenbedingungen) und als „zwischenlagerte“ Variablen, die den Wirkmechanismus des interessierenden Ereignisses und dabei insbesondere auch die Bedeutung individueller Verhaltensanpassungen abbilden können. Die Einführung dieser zwischenlagerten (Gegenereignis-)Variablen in die Modelle soll dabei schrittweise erfolgen. Dem zentralen Anliegen, die gruppenspezifischen Einkommensfolgen der Ereignisse zu ermitteln, kann schließlich über die gruppenspezifische Schätzung der Modelle oder durch die Aufnahme geeigneter Interaktionsterme Rechnung getragen werden. Die Persistenz der Risikofolgen kann über die Berechnung getrennter Modelle für die kurz-, mittel- und längerfristigen Folgen untersucht werden (DiPrete und McManus 2000). Alternativ können die Wirkungspfade der Ereignisse durch entsprechende Interaktionen der Ereignisvariablen mit „Prozesszeitvariablen“ (oder mit einer nicht-linearen Funktionen dieser Variablen) bzw. durch die Berücksichtigung von Ereignisvariablen mit entsprechenden „lags“ modelliert werden (vgl. Allison 1994 für eine grundlegende Diskussion dieser beiden Strategien sowie Kohler 2005 und Andreß et al. 2006 für konkrete Anwendungen der ersten).

Der Zeitvergleich kann durch die Einführung von Interaktionen zwischen den Ereignisvariablen und Periodendummies oder parametrischen Funktionen der historischen Zeit umgesetzt werden (einfachstes Beispiel: linearer Trend). Im beantragten Projekt sollen grundsätzlich beide Herangehensweisen Verwendung finden, auch weil die Arbeiten, die den Zeitvergleich motivieren, kaum hinreichend präzise Vorhersagen zum Verlauf der zeitlichen Entwicklung machen. Allerdings ist zu hoffen, dass sich aus der vertiefenden Untersuchung der Rahmenbedingungen weitere Hinweise auf sozialpolitische Veränderungen ergeben, die zu einer inhaltlich begründeten Abgrenzung einzelner Perioden herangezogen werden können. Die oben (Abschnitt 2.1.5) beschriebenen einschnittartigen Veränderungen um die Jahrtausendwende markieren naheliegende erste Zeitabschnitte für den Periodenvergleich.

Schließlich sollen bei der Modellierung auch einige Faktoren berücksichtigt werden, die in der bisherigen Literatur kaum eine Rolle gespielt haben. Beispielhaft ist in diesem Zusammenhang die „Endogenität“ von Lebensereignissen. Eine mögliche Quelle derartiger Endogenität ist die (teilweise) Verursachung der Lebensereignisse durch die (erwartete) zukünftige Entwicklung des Einkommens. Mit der Ausnahme von DiPrete und McManus (2000), die versuchen, dieser Möglichkeit durch die Spezifizierung eines First-Difference-Modells mit fixen Effekten Rechnung zu tragen, berücksichtigt praktisch keine der diskutierten Studien dieses Problem. Eine denkbare Alternative besteht in der Instrumentierung der Ereignisvariablen (Wooldridge 2002: 307ff.; Halaby 2004: 532ff.).

Weitere Analysen, die gegebenenfalls ergänzend durchgeführt werden sollen, sind (in Stichworten):

- Analysen der Wahrscheinlichkeit, in Folge eines Ereignisses einen großen Einkommensverlust (z.B. -50%) zu erleiden, durch Modelle für diskrete abhängige Variablen;
- Regressionsbasierte Simulationen/Dekompositionen (Jones und Kelley 1984; Juhn et al. 1993), die Aufschluss darüber geben, inwieweit Länder- und Periodenunterschiede in den Einkommenschwankungen bzw. in der Einkommensmobilität Folge unterschiedlicher Ereignisraten und Ereignisfolgen sind (vgl. McManus und DiPrete 2000 für eine ähnliche Anwendung sowie Fields und Ok 1999 für einen Überblicksartikel zur Messung von Einkommensmobilität).

3.2.2.4 Dritter Analyseschritt – Vertiefende Analyse von Verhaltensanpassungen und Gegenmobilität

Im dritten Analyseschritt soll schließlich auch die private Verarbeitung der Ereignisfolgen im Sinne von Verhaltensanpassungen und Gegenmobilität eingehender untersucht werden. Zu diesem Zweck sollen

1. entsprechende Variablen in die Fixed-Effects-Modelle eingeführt werden (s.o.) und
2. das Ausmaß und die Determinanten von Gegen-Ereignissen untersucht werden, wobei auch ereignisanalytische Verfahren zur Anwendung kommen können.

3.2.3 Zeitplan

Vor allem wegen des erheblichen Aufwands, den die Analyse von Längsschnittdatensätzen verursacht, wird eine Projektlaufzeit von insgesamt 36 Monaten veranschlagt. Nach etwa der Hälfte der Projektlaufzeit sollen die Ergebnisse im Rahmen eines Workshops mit den unter 5.2 genannten Kooperationspartnern diskutiert werden. Während der gesamten Laufzeit sollen vorläufige Projektergebnisse auf Konferenzen der Fachöffentlichkeit vorgestellt werden (vgl. u. 4.4). Zudem ist pro Mitarbeiter/in ein kürzerer Forschungsaufenthalt bei einem geeigneten US-amerikanischen Kooperationspartner geplant, der vor allem der Diskussion der amerikaspesifischen Auswertungen dienen soll. Die Themenkomplexe Länder- und Zeitvergleich sollen grundsätzlich parallel bearbeitet werden. Außerdem sollen die institutionellen und mikrodatenbasierten Analysen in engem Bezug zueinander stehen, was nicht zuletzt dadurch gewährleistet wird, dass die für die risikospezifischen Längsschnittanalysen zuständigen Mitarbeiter/innen die entsprechenden institutionellen Rahmenbedingungen in enger Zusammenarbeit mit Jens Alber untersuchen werden. Schließlich sollen die Ergebnisse zu den einzelnen Risiken fortlaufend innerhalb der Arbeitsgruppe diskutiert werden, um ein möglichst einheitliches Analyseschema zu gewährleisten. Mindestens einmal pro Monat soll deshalb ein gruppeninternes Kolloquium abgehalten werden. Die Abfolge und der voraussichtliche Umfang der einzelnen Arbeitsschritte sind in Tabelle 3 schematisch dargestellt.

Tabelle 3: Tabellarische Darstellung des Zeitplans

Quartal	Länderkontexte und institutioneller Wandel	Längsschnittbasierte Analysen der Risikofolgen	Arbeitspapiere/Berichte
1	Auswertung vorhandener Länderstudien Identifikation offener Fragen, die durch die Analyse komparativer Datensammlungen und amtlicher Überblicke beantwortet werden sollen	Vertiefendes Studium der risikospezifischen Literaturen Entwicklung eines einheitlichen Analyseschemas Einarbeitung des neuen Mitglieds der Projektgruppe Aufbereitung der zentralen Längsschnittdatensätze (SOEP/PSID), ggf. auch von ergänzenden Datensätzen (bes. USA, z.B. SIPP)	
2		Fortsetzung der Datenaufbereitung 1. Analyseschritt: „Deskriptive“ Untersuchung der wirtschaftlichen Folgen	Arbeitspapiere zur Präsentation auf Konferenzen
3	Auswertung komparativer Datensammlungen und amtlicher Überblicke	Fortführung des 1. Analyseschritts	
4		2. Analyseschritt: Regressionsbasierte Quantifizierung der wirtschaftlichen Folgen	
5		Fortführung des 2. Analyseschritts 3. Analyseschritt: Vertiefende Analyse von Verhaltensanpassungen und Gegenmobilität	
6	Vorbereitung und Durchführung des Workshops Abfassung erster risikospezifischer Ergebnisberichte mit Aufsatzcharakter (Zwischenbericht)		
7	Weiterführung der institutionenbezogenen Analysen vor dem Hintergrund der Workshop-Ergebnisse	Fortführung des 3. Analyseschritts und Überarbeitung der Arbeitsschritte 1 und 2 vor dem Hintergrund der Workshop-Ergebnisse	Arbeitspapiere zur Präsentation auf Konferenzen
8			
9			
10	Abfassung abschließender risikospezifischer Zeitschriftenaufsätze und eines Endberichts mit Sammelbandcharakter, der die risikospezifischen Befunde integriert		
11			
12			

3.3 Zitierte Literatur

Allison, P. (1994). Using Panel Data to Estimate the Effects of Events. *Sociological Methods and Research*. 23, 2: 174-199.

Alber, J. (1989). Der Sozialstaat in der Bundesrepublik 1950-1983. Frankfurt a. M./New York: Campus.

Alber, J. (1996). Selectivity, Universalism, and the Politics of Welfare Retrenchment in Germany and the United States. Paper presented at the 92nd Annual Meeting of the American Political Science Association, August 1996, San Francisco. Italienische Veröffentlichung: Il ripensamento del welfare state in Germania e negli Stati Uniti. *Rivista italiana di scienza politica*. 27, 1: 49-100.

Alber, J. (2000). Der deutsche Sozialstaat in der Ära Kohl: Diagnosen und Daten. S. 235-275 in S. Leibfried und U. Wagschal (Hg.): Der deutsche Sozialstaat. Bilanzen – Reformen – Perspektiven. Frankfurt a. M./New York: Campus.

- Alber, J. (2003) Recent Developments in the German Welfare State: Basic Continuity or a Paradigm Shift? S. 9-73 in N. Gilbert und R. A. van Voorhis (Hg.). *Changing Patterns of Social Protection*. New Brunswick, NJ: Transaction Publishers.
- Alber, J. (2006a). Das „europäische Sozialmodell“ und die USA. *Leviathan*. 34, 2: 208-241.
- Alber, J. (2006b). The European Social Model and the United States. *European Union Politics*. 7, 3: 393-419.
- Alber, J., und N. Gilbert (Hg.) (im Erscheinen). *United in Diversity. Comparing Social Models in Europe and America*. Oxford: Oxford University Press.
- Alber, J., und U. Kohler (2004). *Health and Care in an Enlarged Europe. Report for the European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions*. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities. (Im Internet unter: <http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2003/107/en/1/ef03107en.pdf>, letzter Zugriff am 18.7.2008).
- Alber, J., und U. Kohler (2007). Politische Integration und Ungleichheit politischer Partizipation in Europa und den USA. *Leviathan*. 35, 4: 510-539.
- Alber, J. und M. Schölkopf (1999). *Seniorenpolitik. Die soziale Lage älterer Menschen in Deutschland und Europa*. Amsterdam: G+B Verlag Fakultas.
- Alber, J., R. Anderson, J. Delhey, H. Domansky, T. Fahey, W. Keck, B. Maitre, R. Nauenburg, M. Olagnero, A. Ostrowska, C. Saraceno und C. Whelan (2006). *Quality of Life in Europe. First Results of a New Pan-European Survey*. European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.
- Andreß, H.-J. (1996). Analysen zum unteren Einkommensbereich – Auf- und Abstiege, Ereignisse, Reaktionen und subjektives Wohlbefinden. S. 321-347 in: W. Zapf, J. Schupp und R. Habich (Hg.): *Lebenslagen im Wandel: Sozialberichterstattung im Längsschnitt*. Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Andreß, H.-J. (1999). *Leben in Armut. Analysen der Verhaltensweisen armer Haushalte mit Umfragedaten*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Andreß, H.-J. (2003). Die ökonomischen Risiken von Trennung und Scheidung im Ländervergleich: ein Forschungsprogramm. *Zeitschrift für Sozialreform*. 49, 4: 620-651.
- Andreß, H.-J., B. Borgloh, M. Bröckel, M. Giesselmann und D. Hummelsheim (2006). The Economic Consequences of Partnership Dissolution - A Comparative Analysis of Panel Studies from Belgium, Germany, Great Britain, Italy, and Sweden. *European Sociological Review*. 22, 5: 533-560.
- Berntsen, R. (1992). *Dynamik in der Einkommensverteilung privater Haushalte. Eine empirische Längsschnittanalyse für die Bundesrepublik*. Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Blank, R. M. (2002). Evaluating Welfare Reform in the United States. *Journal of Economic Literature*. 40, 4: 1105-1166.
- Blank, R. M. (im Erscheinen): The New American Model of Work-Conditioned Public Support. In: J. Alber und N. Gilbert (Hg.): *United in Diversity. Comparing Social Models in Europe and America*. Oxford: Oxford University Press.
- Blank, R. M., und R. Haskins (2001). *The New World of Welfare*. Washington, D.C.: Brookings Institution Press.
- Bleses, P., und M. Seeleib-Kaiser (2004). *The Dual Transformation of the German Welfare State*. Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan.
- Block, F. (2007). Understanding the Diverging Trajectories of the United States and Western Europe: A Neo-Polanyian Analysis. *Politics and Society*. 35, 1: 3-33.

- Blome, A., W. Keck und J. Alber (2008). *Generationenbeziehungen im Wohlfahrtsstaat*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Blossfeld, H.-P., M. Mills, E. Klijzing und K. Kurz (Hg.) (2005). *Globalization, Uncertainty and Youth in Society*. London/New York: Routledge.
- Blossfeld, H.-P., und H. Hofmeister (Hg.) (2006). *Globalization, Uncertainty and Women's Careers in International Comparison*. Cheltenham/Northampton, MA: Edward Elgar.
- Blossfeld, H.-P., S. Buchholz und D. Hofäcker (Hg.) (2006a). *Globalization, Uncertainty and Late Careers in Society*. London/New York: Routledge.
- Blossfeld, H.-P., M. Mills und F. Bernardi (Hg.) (2006b). *Globalization, Uncertainty and Men's Careers in International Comparison*. Cheltenham/Northampton, MA: Edward Elgar.
- Blossfeld, H.-P., S. Buchholz, D. Hofäcker, H. Hofmeister, K. Kurz und M. Mills (2007). Globalisierung und die Veränderung sozialer Ungleichheiten in modernen Gesellschaften. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse des GLOBALIFE-Projektes. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. 59, 4: 667-691.
- Breen, R. (1997). Risk, Recommodification and Stratification. *Sociology*. 31, 3: 473-489.
- Breen, R. (Hg.) (2004). *Social Mobility in Europe*. Oxford: Oxford University Press.
- Breen, R., R. Luijckx, W. Müller und R. Pollak (2005). Non-Persistent Inequality in Educational Attainment: Evidence from eight European Countries. Paper presented at Conference of the ISA Research Committee on Social Stratification and Mobility (RC 28), Los Angeles, United States, August 2005.
- Breen, R., R. Luijckx, W. Müller und R. Pollak (2007). Long term trends in educational inequality in Europe: class inequalities and gender differences. Paper presented at Conference of the ISA Research Committee on Social Stratification and Mobility (RC 28). Brno, Czech Republic, Mai 2007.
- Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (2008). *Übersicht über das Sozialrecht 2008*. Nürnberg: BW Bildung und Wissen. (Version von 2006 im Internet unter: http://www.bmas.de/coremedia/generator/796/property=pdf/sozialrecht_gesamtdokument.pdf, letzter Zugriff am 18.7.08)
- Burkhauser, R. V., und G. J. Duncan (1988). Life Events, Public Policy and the Economic Vulnerability of Children and the Elderly. S. 55-88 in J. L. Palmer, T. S. Smeeding und B. B. Torrey (Hg.): *The Vulnerable*. Washington, D.C.: Urban Institute Press.
- Burkhauser, R. V., und G. J. Duncan (1989). Economic Risks of Gender Roles: Income Loss and Life Events over the Life Course. *Social Science Quarterly*. 70, 1: 3-23.
- Burkhauser, R. V., G. J. Duncan, R. Hauser und R. Berntsen (1990). Economic Burdens of Marital Disruptions: A Comparison of the United States and the Federal Republic of Germany. *Review of Income and Wealth*. 36, 4: 319-333.
- Burkhauser, R. V., G. J. Duncan, R. Hauser und R. Berntsen (1991). Wife or Frau, Women Do Worse: A Comparison of Men and Women in the United States and Germany After Marital Dissolution. *Demography*. 28, 3: 353-360.
- Casey, B., und A. Yamada (2004). The public-private mix of retirement income in nine OECD countries: some evidence from micro data and an exploration of its implications. S. 395-411 in M. Rein und W. Schmähl (Hg.): *Rethinking the Welfare State. The Political Economy of Pension Reform*. Cheltenham: Edward Elgar.
- CBO (2003). How Many People Lack Health Insurance and For How Long? CBO Paper, May 2003. Washington, DC: Congressional Budget Office. (Im Internet unter: <http://www.cbo.gov/ftpdocs/42xx/doc4210/05-12-Uninsured.pdf>, letzter Zugriff am 18.7.08)
- CBO (2006). Is Social Security Progressive? Economic and Budget Issue Brief, December 15, 2006. Washington, DC: Congressional Budget Office. (Im Internet unter:

- <http://www.cbo.gov/ftpdocs/77xx/doc7705/12-15-Progressivity-SS.pdf>, letzter Zugriff am 18.7.08)
- Clasen, J. (2005). *Reforming European Welfare States*. Oxford: Oxford University Press.
- Crouch, C. (1999). *Social Change in Western Europe*. Oxford: Oxford University Press.
- Dalto, G. C. (1988). Gender, risk and access to tax-favored fringe benefits: A split labor market approach. *Population Research and Policy Review*. 7, 3: 239-253.
- Dewilde, C. (2002). The Financial Consequences of Relationship Dissolution for Women in Western Europe. S. 81-110 in E. Ruspini und A. Dale (Hg.): *The Gender Dimension of Social Change. The Contribution of Dynamic Research to the Study of Women's Life Courses*. Bristol: The Policy Press.
- Diamond, P. (2004). Social Security. *American Economic Review*. 94, 1: 1-24.
- Dingeldey, I. (2000). Einkommensteuersysteme und familiäre Erwerbsmuster im europäischen Vergleich. S. 11-48 in I. Dingeldey (Hg.): *Erwerbstätigkeit und Familie in Steuer- und Sozialversicherungssystemen. Begünstigungen und Belastungen verschiedener familiärer Erwerbsmuster im Ländervergleich*. Opladen: Leske + Budrich.
- DiPrete, T. A. (2002). Life Course Risks, Mobility Regimes, and Mobility Consequences: A Comparison of Sweden, Germany, and the United States. *American Journal of Sociology*. 108, 2: 267-309.
- DiPrete, T. A., und P. McManus (2000). Family Change, Employment Transitions, and the Welfare State: Household Income Dynamics in the United States and Germany. *American Sociological Review*. 65, 3: 343-370.
- DiPrete, T. A., S. Philip Morgan, H. Engelhardt und H. Pacalova (2003). Do cross-national differences in the costs of children generate cross-national differences in fertility rates? *Population Research and Policy Review*. 22, 5/6: 439-77.
- Esping-Andersen, G. (1990). *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Esping-Andersen, G. (Hg.) (1996a). *Welfare States in Transition. National Adaptations in Global Economies*. London: Sage.
- Esping-Andersen, G. (1996b). Welfare States without Work: the Impasse of Labour Shedding and Familialism in Continental European Social Policy. S. 66-87 in G. Esping-Andersen (Hg.): *Welfare States in Transition. National Adaptations in Global Economies*. London: Sage.
- Esping-Andersen, G. (1999). *Social Foundations of Postindustrial Economies*. Oxford: Oxford University Press.
- Esping-Andersen G., D. Gallie, A. Hemerijck und J. Myles (Hg.) (2002). *Why We Need a New Welfare State*. Oxford: Oxford University Press.
- Europäische Kommission (2007). *Mutual Information System on Social Protection (MISSOC) 2007*. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. (Im Internet unter: http://ec.europa.eu/employment_social/spsi/missoc_en.htm, letzter Zugriff am 18.7.08)
- Fabig, H. (1999). Income Mobility and the Welfare State. *Journal of European Social Policy*. 9, 4: 331-49.
- Fields, G. S., und E. A. Ok (1999). The Measurement of Income Mobility: An Introduction to the Literature. S. 557-96 in J. Silber (Hg.), *Handbook of Inequality Measurement*. Dordrecht: Kluwer.
- Findlay, J., und R. Wright (1996). Gender, Poverty and the Intra-Household Distribution of Resources. *Review of Income and Wealth*. 42, 3: 335- 351.
- Gangl, M. (2004). Welfare States and the Scar Effects of Unemployment: A Comparative Analysis of the United States and West Germany. *American Journal of Sociology*. 109, 6: 1319-64.

- Gangl, M. (2006). Scar Effects of Unemployment: An Assessment of Institutional Complementarities. *American Sociological Review*. 71, 6: 986-1013.
- Garrett, G. (1998). *Partisan Politics in the Global Economy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gilbert, N. (2002). *Transformation of the Welfare State*. Oxford: Oxford University Press.
- Gilbert, N., und R. A. Van Voorhis (Hg.) (2003). *Changing Patterns of Social Protection*. New Brunswick, NJ: Transaction Publishers.
- Gittleman, M., und M. Joyce (1999). Have Family Income Mobility Patterns Changed? *Demography*. 36, 3: 299-314.
- Goldthorpe, J. H. (2002). Globalisation and Social Class. *West European Politics*. 25, 3: 1-28.
- Goodin, R., B. Headey, R. Muffels und H.-J. Dirven (1999). *The Real Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Grabka, M. M., und J. R. Frick (2008). Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? *DIW Wochenbericht*. 10/2008: 101-108.
- Greß, S., A. Walendzik und J. Wasem (2005). Nichtversicherte Personen im Krankenversicherungssystem der Bundesrepublik Deutschland – Bestandaufnahme und Lösungsmöglichkeiten. Diskussionsbeitrag aus dem Fachbereich Wirtschaftswissenschaften Universität Duisburg-Essen (Campus Essen). Nr. 147.
- Grusky, D. B., J. O. Jonsson, M. Di Carlo, R. Pollak und M. Brinton (2005). The Micro-Class Structure of Career Mobility: Occupational and Class Reproduction in the U.S.A., Germany, Sweden, and Japan. Paper presented at Conference of the ISA Research Committee on Social Stratification and Mobility (RC 28), Los Angeles, USA, August 2005.
- Hacker, J. S. (2002). *The Divided Welfare State. The Battle over Public and Private Social Benefits in the United States*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hacker, J. S. (2004). Privatizing Risk without Privatizing the Welfare State: The Hidden Politics of Social Policy Retrenchment in the United States. *American Political Science Review*. 98, 2: 243-260.
- Hacker, J. S. (2006). *The Great Risk Shift*. Oxford: Oxford University Press.
- Halaby, C. N. (2004). Panel Models in Sociological Research: Theory into Practice. *Annual Review of Sociology*. 30: 507-44.
- Hall, P. A., und D. Soskice (Hg.) (2001). *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford: Oxford University Press.
- Handcock, M. S., und M. Morris (1999). *Relative Distribution Methods in the Social Sciences*. New York: Springer.
- Hay, C. (2006). What's Globalisation Got To Do With It? Economic Interdependence and the Future of European Welfare States. *Government and Opposition*. 41, 1: 1-23.
- Himmelstein, D. U., E. Warren, D. Thorne und S. Woolhandler (2005). Illness and Injury as Contributors to Bankruptcy. *Health Affairs - Web Exclusive*: 63-73.
- Holden, K. C., und P. J. Smock (1991). The Economic Costs of Marital Dissolution: Why Do Women Bear a Disproportionate Cost? *Annual Review of Sociology*. 17: 51-78.
- Howard, C. (1997): *The Hidden Welfare State: Tax Expenditures and Social Policy in the United States*. Princeton: Princeton University Press.
- Hungerford, T. L. (2001). The Economic Consequences on Widowhood on Elderly Women in the United States and Germany. *The Gerontologist*. 41, 1: 103-110.
- Immergut, E. M., K. M. Anderson und I. Schulze (Hg.) (2007). *The Handbook of West European Pension Politics*. Oxford: Oxford University Press.
- Iversen, T., und T. R. Cusack (2000). The Causes of Welfare State Expansion: Deindustrialization or Globalization? *World Politics*. 52, 3: 313-349.

- IWPR (2004). *No Time to Be Sick: Why Everyone Suffers When Workers Don't Have Paid Sick Leave*. Washington, DC: Institute for Women's Policy Research. (Im Internet unter: <http://www.iwpr.org/pdf/B242.pdf>, letzter Zugriff am 18.7.08)
- Jackson, M., R. Luijkx, R. Pollak, L.-A. Vallet und H. van de Werfhorst (im Erscheinen). Educational Fields of Study and the Intergenerational Mobility Process in Comparative Perspective. *International Journal of Comparative Sociology*.
- Jacoby, S. M. (1999). Are Career Jobs Headed for Extinction? *California Management Review*. 42, 1: 123-145.
- Jarvis, S., und S. P. Jenkins (1999). Marital Splits and Income Changes: Evidence from the British Household Panel Survey. *Population Studies*. 53, 2: 237-254.
- Jones, F. L., und J. Kelley (1984). Decomposing Differences between Groups: A Cautionary Note on Measuring Discrimination. *Sociological Methods and Research*. 12, 3: 323-343.
- Jonsson, J. O., D. B. Grusky, M. Di Carlo, R. Pollak und M. C. Brinton (im Erscheinen). Micro-Class Mobility: Social Reproduction in Four Countries. *American Journal of Sociology*.
- Juhn, C., K. Murphy und B. Pierce (1993). Wage Inequality and the Rise in Returns to Skill. *Journal of Political Economy*. 101, 3: 410-42.
- Kohler, U. (2002). *Der demokratische Klassenkampf. Zum Zusammenhang von Sozialstruktur und Parteipräferenz*. Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Kohler, U. (2004). Im Alter zu Hause oder im Heim. *WZB-Mitteilungen*. 105: 41-43.
- Kohler, U. (2005). Changing Class Locations and Partisan Choice in Germany. S. 117-131 in A. Zuckerman (Hg.): *The Social Logic of Politics*. Philadelphia: Temple University Press.
- Kohler, U. (2007). Surveys from Inside: An Assessment of Unit Nonresponse Bias with Internal Criteria. *Survey Research Methods*. 1, 2: 55-67.
- Kohler, U. (2008). Quality Assessment of European Surveys. Towards an Open Method of Coordination for Survey Data. S. 405-424 in J. Alber, T. Fahey und C. Saraceno (Hg.): *Handbook of Quality of Life in the Enlarged European Union*. London: Routledge.
- Kohli, M., und H. Künemund (2003). Intergenerational Transfers in the Family: What Motivates Giving? S. 123-142 in V. L. Bengtson und A. Lowenstein (Hg.). *Global Aging and Challenges to Families*. New York: Aldine de Gruyter.
- Korpi, W. (2000). Faces of Inequality: Gender, Class, and Patterns of Inequalities in Different Types of Welfare States. *Social Politics*. 7, 2: 127-191.
- Leitner, S. (2003). Varieties of Familialism. The Caring Function of the Family in Comparative Perspective. *European Societies*. 5, 4: 353-375.
- Leitner, S., I. Ostner und M. Schratzenstaller (2004). *Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis. Was kommt nach den Ernährermodele?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lewis, J. (1998). *Gender, Social Care and Welfare State Restructuring in Europe*. London: Ashgate.
- Lumsdaine, R. L., und O. S. Mitchell (1999). New Developments in the Economic Analysis of Retirement. S. 3261-3307 in O. Ashenfelter und D. Card (Hg.): *Handbook of Labor Economics*. Volume 3C. Amsterdam: Elsevier.
- Lundberg, S. J., R. A. Pollak und T. J. Wales (1997). Do Husbands and Wives Pool Their Resources? Evidence from the United Kingdom Child Benefit. *Journal of Human Resources*. 32, 3: 463-480.
- Manow, P., und E. Seils (2000). Adjusting Badly: The German Welfare State, Structural Change and the Open Economy. S. 264-307 in F. W. Scharpf und V. A. Schmidt (Hg.): *Welfare and Work in the Open Economy*. Volume II. Oxford: Oxford University Press.
- McManus, P., und T. A. DiPrete (2000). Market, Family, and State Sources of Income Instability in Germany and the United States. *Social Science Research*. 29, 3: 405-440.
- McManus, P., und T. DiPrete (2001). Losers and Winners: The Financial Consequences of Separation and Divorce for Men. *American Sociological Review*. 66, 2: 246-268.

- Müller, W., und R. Pollak (2004). Social mobility in West Germany: the long arms of history discovered?. S. 77-113 in R. Breen (Hg.): *Social Mobility in Europe*. Oxford: Oxford University Press.
- Munnell, A., und A. Sundén (2004). *Coming Up Short: the Challenge of 401(k) Plans*. Washington, DC: The Brookings Institution.
- Neugebauer, Gero (2007) Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: J.H.W. Dietz.
- Neyer, J., und M. Seeleib-Kaiser (1996). Arbeitsmarktpolitik nach dem Wohlfahrtsstaat - Konsequenzen der ökonomischen Globalisierung. *Aus Politik und Zeitgeschichte*. B 26: 25-35.
- Nickell, S. (1997). Unemployment and Labor Market Rigidities: Europe versus North America. *Journal of Economic Perspectives*. 11, 3: 55-74.
- Nullmeier, F., F. W. Rüb (1993). *Die Transformation der Sozialpolitik. Vom Sozialstaat zum Sicherungsstaat*. Frankfurt a. M./New York: Campus.
- OECD (1997). *Making Work Pay. Taxation, Benefits, Employment and Unemployment*. Paris: OECD.
- OECD (2005). *Pensions at a Glance. Public Policies Across at OECD Countries*. Paris: OECD.
- OECD (2007). *Pensions at a Glance. Public Policies Across at OECD Countries*. Paris: OECD.
- O'Rand, A. M. (1997). The Cumulative Stratification of the Life Course. S. 188-207 in R. H. Binstock und E. Shanas (Hg.): *Handbook of Aging and the Social Sciences*. San Diego, CA: Academic Press.
- Ostner, I. (1995). Arm ohne Ehemann? Sozialpolitische Regulierung von Lebenschancen für Frauen im internationalen Vergleich. *Aus Politik und Zeitgeschichte*. B 36/37: 3-12.
- Ott, N. (1991). Die Wirkung politischer Maßnahmen auf die Familienbildung aus ökonomischer und verhandlungstheoretischer Sicht. S. 385-407 in K.-U. Mayer, J. Allmendinger und J. Huinink (Hg.): *Vom Regen in die Traufe. Frauen zwischen Familie und Beruf*. Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Pierson, P. (1994). *Dismantling the Welfare State? Reagan, Thatcher and the Politics of Retrenchment*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pollak, R., H. Wirth, F. Weiss, G. Bauer und W. Müller (im Erscheinen). Issues in the Comparative Measurement of the Supervisory Function using the examples of the ESS and the EU-LFS. In: B. Pfau-Effinger, S. Sakac Magdalenic, C. Wolf (Hg.): *Konsequenzen der Globalisierung für die Sozialforschung*. Bonn: GESIS.
- Pollmann-Schult, M., und F. Büchel (2005). Unemployment Benefits, Unemployment Duration and Subsequent Job Quality. Evidence from West Germany. *Acta Sociologica*. 48, 1: 21-39.
- Poortman, A.-R. (2000). Sex Differences in the Economic Consequences of Separation. A Panel Study of the Netherlands. *European Sociological Review*. 16, 4: 367-383.
- Scharpf, F. W., und V. A. Schmidt (2000). *Welfare and Work in the Open Economy. Volume II: Diverse Responses to Common Challenges*. Oxford: Oxford University Press.
- Scherer, S., und W. Müller (2003). Marktexpansion, Wohlfahrtsstaatsumbau und soziale Ungleichheit. S. 9-27 in W. Müller und S. Scherer (Hg.): *Mehr Risiken – Mehr Ungleichheit?* Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Schnell, R. (1994). *Graphisch gestützte Datenanalyse*. München: Oldenbourg.
- Schulze, I., und S. Jochem (2007). Germany: Beyond Policy Gridlock. S. 660-710 in E. M. Immergut, K. M. Anderson und I. Schulze (Hg.): *The Handbook of West European Pension Politics*. Oxford: Oxford University Press.
- Schulze, G., und H. Ursprung (1999). Globalization of the Economy and the Nation State. *World Economy*. 22, 3: 295-352.

- Scruggs, L. (2006). Welfare State Entitlements Data Set: A Comparative Institutional Analysis of Eighteen Welfare States, Version 1.2. (Im Internet unter: <http://www.sp.uconn.edu/%7Escruggs/wp.htm>, letzter Zugriff am 18.7.2008).
- Shipler, D. K. (2004). *The Working Poor. Invisible in America*. New York, NY: Knopf.
- Shuey, K. M., und A. M. O'Rand (2004). New Risks for Workers: Pensions, Labor Markets, and Gender. *Annual Review of Sociology*. 30: 453-477.
- Siebert, H. (1997). Labor Market Rigidities: At the Root of Unemployment in Europe. *Journal of Economic Perspectives*. 11, 3: 37-54.
- Sørensen, A. (1994). Women's Risk and the Economic Position of Single Mothers. *European Sociological Review*. 10, 2: 173-88.
- Swank, D. (2002). *Global Capital, Political Change, and Policy Change in Developed Welfare States* Cambridge/New York: Cambridge University Press.
- Taylor-Gooby, P. (Hg.) (2004). *New Risks, New Welfare. The Transformation of the European Welfare State*. Oxford: Oxford University Press.
- U.S. Census Bureau (2007). *Statistical Abstract of the United States: 2008 (127th Edition)*. Washington, D.C.: U.S. Census Bureau.
- U.S. Congress, Committee on Ways and Means (2004). *Green Book 2004. Background Material and Data on Programs Within the Jurisdiction of the House Committee on Ways and Means*. Washington, D.C.: U.S. Government Printing Office. (Im Internet unter: <http://www.gpoaccess.gov/wmprints/green/2004.html>, letzter Zugriff am 18.7.08)
- U.S. Social Security Administration (2006). Social Security Programs Throughout the World: Germany. S. 118-126 in U.S. Social Security Administration: *Social Security Programs Throughout the World: Europe, 2006*. Washington, D.C.: U.S. Government Printing Office. (Im Internet unter: <http://www.ssa.gov/policy/docs/progdesc/ssptw/2006-2007/europe/germany.pdf>, letzter Zugriff am 18.7.2008)
- U.S. Social Security Administration (2008). Social Security Programs Throughout the World: United States. S. 174-180 in U.S. Social Security Administration: *Social Security Programs Throughout the World: The Americas, 2007*. Washington, D.C.: Government Printing Office. (Im Internet unter: http://www.ssa.gov/policy/docs/progdesc/ssptw/2006-2007/americas/united_states.pdf, letzter Zugriff am 18.7.08)
- Varian, H. R. (1980). Redistributive Taxation as Social Insurance. *Journal of Public Economics*. 14, 1. 49-68.
- Vogel, B. (2004). Der Nachmittag des Wohlfahrtsstaats. Zur politischen Ordnung gesellschaftlicher Ungleichheit. *Mittelweg* 36. 13, 4: 36-55.
- Wagner, M., und A. Motel (1998). Income Dynamics in Old Age in Germany. S. 125-142 in L. Leisering und R. Walker (Hg.): *The Dynamics of Modern Society*. Bristol: Policy Press.
- Weaver, R. K. (2000). *Ending Welfare As We Know It*. Washington, D.C.: Brookings Institution Press.
- Wooldridge, J. M. (2002). *Econometric Analysis of Cross Section and Panel Data*. Cambridge, MA: MIT Press.
- Yeung, W. J., und S. L. Hofferth (1998). Family Adaptations to Income and Job Loss in the U.S. *Journal of Family and Economic Issues*. 19, 3: 255-283.
- Zaidi, A., J. R. Frick und F. Büchel (2005). Income Mobility in Old Age in Britain and Germany. *Ageing & Society*. 25, 4: 543-565.